

Wahlprogramm  
2022–2027

*#tirolgehtanders*



**WENN WIR UNS  
ZUSAMMENTUN,  
GEHT ES UNS  
ALLEN BESSER.**

**SPÖ**

*Wir gemeinschaften das.*

**Inhalt**

|                           |    |
|---------------------------|----|
| Prolog                    | 4  |
| Teuerung und Konsum       | 6  |
| Wohnen                    | 10 |
| Verkehr                   | 18 |
| Arbeit und Wirtschaft     | 22 |
| Gleichstellung der Frauen | 26 |
| Gesellschaft und Soziales | 30 |
| Bildung                   | 37 |
| Gesundheit                | 40 |
| Pflege                    | 44 |
| Inklusion                 | 50 |
| Umwelt und Tierschutz     | 52 |
| Sport und Kultur          | 56 |
| Energie                   | 60 |
| Landwirtschaft            | 66 |

**WENN WIR UNS  
ZUSAMMENTUN,  
GEHT ES UNS  
ALLEN BESSER.**

**Prolog**



Die Pandemie, der Klimawandel, der Krieg, die Teuerung und all die großen Tiroler Probleme, die in 20 Jahren nicht gelöst wurden: Wir haben noch nie mit so vielen Krisen zu tun gehabt wie heute.

**Die Probleme sind so groß geworden, dass wir sie nur noch gemeinschaftlich lösen können.**

**Wir alle. Solidarisch.**

Das haben wir schon vor mehr als 130 Jahren gemacht. Wir haben uns zusammengetan, Gewerkschaften gegründet und die Industrialisierung gerechter gemacht.

Wenn wir uns heute zusammentun, freuen sich die Älteren aufs Älterwerden und die Jüngeren haben Platz zum Wohnen, dann essen wir mehr Lebensmittel aus Tirol, produzieren unseren eigenen Strom, machen uns unabhängig und brauchen kein russisches Gas mehr. Dann werden auch Digitalisierung und Ökologisierung sozial.

**Wenn man Probleme vergemeinschaftet, macht man sie lösbar. Oder anders:**

**Wenn wir uns zusammentun, geht es uns allen besser.**

Dieses Programm hat mehr als fünfzig Autor\_innen – Ehrenamtliche, Abgeordnete, Hilfskräfte, Stadträt\_innen, Arbeiter\_innen, Angestellte, Bürgermeister\_innen und Expert\_innen, die wir zusammengebracht haben, um mit uns einen Plan für ein modernes Tirol für alle zu entwerfen.

Wenn du mehr erfahren willst, dann lies hier weiter!

**Wir sind deine SPÖ in Tirol.**

# TEUERUNG UND KONSUM?

Wir gemeinschaften das.



(Im Juni) 2022 haben wir die höchste **Inflation** seit 1975 verzeichnet. (hier in 2-Jahres-Schritten)

| Jahr        | Juni         | Jahresmittel |
|-------------|--------------|--------------|
| <b>2022</b> | <b>8,7 %</b> |              |
| 2021        | 2,8 %        | 2,8 %        |
| 2019        | 1,6 %        | 1,5 %        |
| 2017        | 0,6 %        | 2,1 %        |
| 2015        | 1,0 %        | 0,9 %        |
| 2013        | 2,2 %        | 2,0 %        |
| 2011        | 3,3 %        | 3,3 %        |
| 2009        | -0,1 %       | 0,5 %        |
| 2007        | 2,0 %        | 2,2 %        |
| 2005        | 2,3 %        | 2,3 %        |
| 2003        | 1,1 %        | 1,3 %        |
| 2001        | 2,8 %        | 2,7 %        |
| 1999        | 0,4 %        | 0,6 %        |
| 1997        | 1,2 %        | 1,3 %        |
| 1995        | 2,6 %        | 2,2 %        |
| 1993        | 3,6 %        | 3,6 %        |
| 1991        | 3,8 %        | 3,3 %        |
| 1989        | 2,5 %        | 2,5 %        |
| 1987        | 1,7 %        | 1,4 %        |
| 1985        | 3,2 %        | 3,2 %        |
| 1983        | 2,5 %        | 3,3 %        |
| 1981        | 6,3 %        | 6,8 %        |
| 1979        | 3,2 %        | 3,7 %        |
| 1977        | 5,9 %        | 5,5 %        |
| <b>1975</b> | <b>8,6 %</b> | <b>8,4 %</b> |

Quelle: Statistik Austria



Tirol hat seit Jahren die höchsten Lebenshaltungskosten und die niedrigsten Einkommen. Durch die jetzige Teuerungswelle spitzt sich die Situation extrem zu. Wir spüren es beim Tanken, beim Einkaufen und spätestens im Herbst, wenn die Stromrechnung kommt. Die SPÖ Tirol setzt alles daran, um unsere Familien und Betriebe sicher und stabil durch diese Teuerungswelle zu manövrieren.

**Dazu gründen wir Genossenschaften für den Energieausbau, für die Nahversorgung oder für innovative Wohnformen.**

**Und wir setzen beim Konsum an: Selbstversorgung mindert die Teuerung, weil die Preisgestaltung und die Wertschöpfung bei uns bleiben.**

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, STOPPEN WIR DIE TEUERUNG:

**1. Die Vorschläge der SPÖ liegen seit Monaten auf dem Tisch:** Wir fordern einen sozial gestaffelten Energiepreisdeckel und wollen den Aufschlägen der Ölkonzerne einen Riegel vorschieben. Die Mehrwertsteuer auf Sprit und Grundnahrungsmittel wollen wir aussetzen und die Mieten bis mindestens 2025 einfrieren. Außerdem muss die TIWAG als Landesenergieversorger ihren Anteil leisten.

**2. Gebührenbremse.** Unsere Gemeinden sollen auf die kommende Gebührenerhöhung (bei Kinderbetreuung, Müll usw.) verzichten, um den Menschen direkt unter die Arme zu greifen. Um das zu finanzieren, soll die Landesumlage diesmal ausgesetzt werden.

**3. Gemeinde-Nahversorger.** Nahversorger sind ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens in ländlichen Gemeinden und Regionen. Die Sicherung der Nahversorgung ist von besonderer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums und die Lebensqualität der Menschen in den Dörfern. Immer mehr sind es leid, sich von den großen Lebensmittelketten vorschreiben zu lassen, wie weit sie zum Einkaufen fahren müssen. Wir wollen Nahversorger vergemeinschaften und den Gemeinden die Möglichkeit geben, selbst Nahversorger zu eröffnen. Mit einer Anstoßfinanzierung, Beratungs- und Controllingmaßnahmen soll das Land Tirol die Rahmenbedingungen dafür stellen.

**4. Landesförderungen für Unternehmen mit Gemeinwohlinnovationen.** Bis heute gelten Unternehmen dann als erfolgreich, wenn sie finanzielle Gewinne einfahren, ganz gleich, wem sie dabei schaden. Besonders die Umwelt und das Gemeinwohl leiden oft darunter. Daher fordert die SPÖ in Tirol eine Innovationsförderung für Unternehmen, die gemeinwohlorientierte Projekte umsetzen.

**5. Konsumfreie Räume schaffen (nicht nur im Zentralraum).** Nicht nur für junge Menschen sind Räume und Orte, an denen nicht zwangsweise Getränke etc. konsumiert werden müssen, wichtig. Das gesellschaftliche Zusammenleben profitiert ungemein, wenn es für alle Menschen in Tirol die Möglichkeit gibt, sich in Freiräumen selbst zu verwirklichen. Die SPÖ in Tirol fordert daher die Ausgestaltung von konsumfreien Räumen in allen Bezirken und die finanzielle Unterstützung zur Umsetzung für Gemeinden.

**6. Ausbau und Finanzierung zivilgesellschaftlicher Projekte.** Sehr viele Tiroler Sozialprojekte wie zum Beispiel Sozialmärkte, Repaircafés, Bücher- und Tauschbörsen leben von zivilgesellschaftlichem Engagement. Das muss als Land Tirol mehr unterstützt werden. Die SPÖ in Tirol fordert deshalb die Ausfinanzierung dieser Sozialprojekte, um das soziale Engagement der Tiroler\_innen zu fördern und ein solidarisches Zusammenleben zu gewährleisten.



# WOHNEN?

Wir gemeinschaften das.



Der durchschnittliche **Mietpreis für eine Garconniere** liegt in Innsbruck mittlerweile bei über 19 Euro pro Quadratmeter.

| m <sup>2</sup>     | Innsbruck      | Tirol   | AT      |
|--------------------|----------------|---------|---------|
| 30 m <sup>2</sup>  | <b>19,27 €</b> | 17,93 € | 14,53 € |
| 60 m <sup>2</sup>  | <b>15,59 €</b> | 13,58 € | 11,48 € |
| 100 m <sup>2</sup> | <b>12,93 €</b> | 12,00 € | 11,32 € |

Quelle: Mietspiegel Innsbruck/wohnungsboerse.net

Wenn leistbares Wohnen ein Problem ist, ist das ganze Leben eines. Mehr als ein Drittel der Tiroler\_innen sind heute direkt von den stetig steigenden Wohnkosten im Land betroffen. Bei den Jungen ist es bereits die Hälfte – Tendenz steigend. In Innsbruck kostet eine Mietwohnung über 19 Euro pro Quadratmeter – österreichweiter Rekordwert –, und im gesamten Bundesland ziehen die Preise jährlich an. Das macht beim zu geringen Lohnniveau im Land die eigenen vier Wände für viele Menschen nicht mehr leistbar, sie müssen mehr als die Hälfte ihrer finanziellen Mittel für das Dach überm Kopf aufwenden. Die nun grassierende Teuerung verschärft diese Situation nochmals.



Unser Ziel ist klar: Wohnen darf nicht mehr als 25 Prozent des Haushalteinkommens verschlingen. Ein Viertel für die eigenen vier Wände ist genug.

Die SPÖ ist die einzige Partei, die glaubwürdig und gesamthaft für nachhaltigen und leistbaren Wohnraum eintritt. Es braucht ein gesamtheitliches Konzept, um dieser alles beherrschenden Problematik gerecht zu werden. Hierfür müssen vier zentrale Themenfelder angegangen werden:

- Grund und Boden
- Wohnungsbestand und Immobilienspekulation
- Förderungen und Subventionen
- Neubau und Nachhaltigkeit

Wohnen ist ein Grundrecht – daher muss Wohnraum für die Menschen leistbar, nachhaltig und langfristig zur Verfügung stehen.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, SCHAFFEN WIR SO IN TIROL PLATZ ZUM LEBEN:

### Grund und Boden

**1. Mindestmaß an leistbarem Wohnraum in jeder Gemeinde.** Es soll ein landesweites Punktesystem für Kommunen eingeführt werden: Jeder Ort in Tirol muss über ein Mindestmaß an Gemeindewohnungen bzw. wohnbauförderten Wohnungen mit Vergaberecht und Vergaberichtlinien sowie Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau verfügen. Daran soll beispielsweise die Ausschüttung von GAF-Mitteln geknüpft werden.

**2. Stopp für Investorenbauten.** Der Ausverkauf des Landes ist längst traurige Realität. Mit Lech in Vorarlberg hat ein prominenter Akteur des Wintertourismus Investorenmodelle zuletzt aus dem Ort verbannt. Was dort möglich ist, wollen wir für die Tiroler\_innen auch.

**3. Kampf gegen den Flächenfraß.** Chalet-Dörfer gehören verboten!

**4. Verpflichtende flächendeckende Anwendung der Vertragsraumordnung.** Wir wollen Gemeinden mit aktiver Wohnbaupolitik für alle statt reaktionärer Hinterzimmerpolitik im Sinne der Spekulant\_innen im Ort. Bei Umwidmungen von Freiland in Bauland braucht es einen Raumordnungsvertrag, der die öffentlichen Interessen wahrt. Neuwidmungen: Mindestvorgabe 65 Prozent (sozialer Wohnbau) bei Veräußerung.

**5. Grundstücksflächen begrenzen, Quadratmeterpreise deckeln und Baudichten festlegen.** Alle Instrumente der Vertragsraumordnung, Bebauungspläne usw. sollen gespielt werden.

**6. Grund der Gemeinde darf nicht in den Baulandüberhang gerechnet werden.**

**7. Interessentenmodell für Gemeinden öffnen.** Wir fordern, dass Kommunen beim Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen als Interessentinnen Angebote legen können.

**8. Grundsteuer A und B angleichen.** Wenn eine Bäuerin auf ihrem Baugrundstück drei Schafe grasen lässt, bis ihre Kinder alt genug sind, um darauf zu bauen, bezahlt sie Grundsteuer A, also sehr wenig. Wenn ein Tischlermeister das macht, bezahlt er Grundsteuer B. Die ist bis zu 100-mal höher. Das ist ungerecht.

**9. Bodenfonds aufstocken.** Das braucht es, um selbst aktiv werden zu können. UND Rechtsanspruch für Gemeinden auf Zuschüsse, gestaffelt nach Finanzkraft.

**10. Gesetzliche Garantie.** Verfassungsrechtliche Absicherung der Flächenwidmung „sozialer Wohnbau“, die sich zur Ermöglichung des sozialen Wohnbaus trotz hoher Grundkosten bewährt.

**11. Notstandsmöglichkeit.** Innsbruck: Bestehendes Bauland muss durch die Ausrufung des „Wohnungsnotstands“ und die Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes mobilisiert werden. Allein in Innsbruck gibt es Flächen in der Größe von mehr als 100 Fußballfeldern an gewidmetem ungenütztem Bauland, die gehortet werden. Die Stadt muss sie zu fairen Bedingungen erwerben und entwickeln können. Nur indem das kommunale Wohnungsangebot gestärkt wird, kann langfristig der Mietmarkt beruhigt werden.

**12. Sozialpflichtigkeit von Eigentum.** Österreichs Großgrundbesitzer\_innen haben ein besonderes Augenmerk auf ihren Beitrag zum leistbaren Wohnen zu richten.

### Wohnungsbestand und Immobilienspekulation

**13. Ein neues Universalmietrecht.** Es ist einfach, einheitlich und transparent. Ein klar geregelter Ab- und Zuschlagskatalog im Gesetz stellt sicher, dass qualitative Investitionen und nicht die Spekulation mit Grund und Boden gestärkt werden.

**14. Ein Recht für alle.** Das neue Mietrecht muss für alle Wohnungen gelten, die mit Gewinn vermietet werden können, nicht nur für Altbauten. Nach 20 Jahren ab Fertigstellung gilt auch für frei finanzierte Wohnungen das Mietrechtsgesetz mit den Mietzinsgrenzen. Das senkt Mieten bei ausfinanzierten Wohnungen um durchschnittlich 20 Prozent.

**15. Strenge Strafen für Mietenwucher.** Eigener Verwaltungsstrafbestand Mietenwucher; im Wiederholungsfall neben Rückzahlung an Mieter\_in zusätzlich 300 Prozent Strafzahlung von zu viel verlangter Miete.

**16. Weg mit der Zehn-Prozent-Mehrwertsteuer auf alle Bestandteile der Mieten, die diesen Steuersatz**



tragen. Damit sparen sich die Mieter\_innen mehr als eine Monatsmiete jedes Jahr. Als echte Befreiung bleibt der Vorsteuerabzug vermierterseitig erhalten.

**17. Leerstandsabgabe.** Die derzeit mögliche Infrastrukturabgabe (wie in Salzburg umgesetzt) hat keinen Lenkungseffekt. Es muss den Bundesländern freigestellt werden, bei Bedarf echte Leerstandsabgaben einzuführen. Dazu braucht es eine verfassungsrechtliche Ermächtigung. Diese Abgabe muss zweckgebunden für den sozialen Wohnbau werden.

**18. Fairness statt Automatik.** Die regelmäßige Indexierung der Richtwertmieten ist auszusetzen. Der faire Ausgleich zwischen Vermieter\_innen und Mieter\_innen muss über eine Totalreform des Mietrechts erzielt werden und auch Nachkriegsbauten mit einbeziehen.

**19. Gemeinnützigkeit fortschreiben.** Grundsatz bei der Wohnungsgemeinnützigkeit: einmal WGG, immer WGG. Nach Eigentümerwerb (ob bei gefördertem Eigentum oder Mietkauf) gilt bei Vermietung dieser Wohnungen weiterhin die günstige WGG-Miete.

**20. Vermietungsauswüchse verhindern.** Die touristische und damit gewerbliche Vermietung von Wohnungen über entsprechende Plattformen (z. B. Airbnb) muss über das Gewerbe- und Steuerrecht einer strengen Kontrolle unterliegen, um Auswüchse bei gleichzeitigem Wohnungsmangel der Bevölkerung hintanzuhalten.

**21. Faire Mietpreisvalorisierungen.** Die Anpassung gesetzlicher Mieten, aber auch frei vereinbarter Mieten soll sich künftig nicht mehr an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) orientieren, sondern an den realen Lohn- und Pensionsanpassungen. Mieten sind Kapitalerträge und derzeit in Gegenüberstellung zu z. B. Sparbucherträgen völlig entkoppelt von den realen Verhältnissen des Finanzmarktes. Besonders deutlich macht das der Vergleich des Leitzinses (relevant auch für Hypothekarkredite) im Jahr 2022 (0 %) mit der Richtwertanpassung (ca. 6 %) im selben Jahr.

**22. Um eine sinnvolle Nutzung von bestehenden Wohngebäuden sicherstellen** und eine Zweckentfremdung von Wohnungen verhindern zu können, spricht sich die SPÖ für die Einführung einer

Widmungskategorie „Wohnzone“ nach Vorbild der Stadt Wien aus. Durch diese Widmungskategorie soll sichergestellt werden, dass in besonders belasteten Gemeinden aufgrund einer solchen Widmung Kurzzeitvermietungen nahezu gänzlich verboten werden können. Dadurch soll in diesen Regionen auch eine lokal ansässige Bevölkerung erhalten bleiben.

**23. Ausbau der Immobilienertragssteuer zu einer echten Spekulationssteuer.**

**Förderungen und Subventionen**

**24. Handlungsfähigkeit und Zuschussmöglichkeiten in der Wohnbauförderung erhöhen.** Sprünge bei den Annuitätenzuschüssen abflachen.

**25. Gleichstellung zur Wohnbauförderung.** Auch Bäuer\_innen und Selbständige sollen künftig ein Prozent ihres Einkommens als Wohnbauförderungsbeitrag leisten, wie es Arbeitnehmer\_innen bereits tun, denn auch sie kommen in den Genuss der Förderung.

**26. Integration der Beihilfen.** Auch die Zusammenführung von Mietzinsbeihilfe und Wohnbeihilfe in einem Gesetz wäre endlich durchzuführen. Es kann nicht sein, dass hier unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen gelten!

**Neubau und Nachhaltigkeit**

**27. Investitionsoffensive im sozialen Wohnbau.** Eine Wohnbauinvestitionsbank kann zinsfreie Kredite von der Europäischen Investitionsbank weitergeben und die langfristige Finanzierung des sozialen Wohnbaus, unabhängig vom Zinsumfeld, sicherstellen. Die Wohnbauinvestitionsbank wurde jedoch kurz vor Start von Schwarz-Blau abgeschafft, was den Bau zehntausender zusätzlicher Wohnungen verhindert hat.

**28. Eigentum muss wieder leistbar sein.** Damit insbesondere Jungfamilien gegenüber Investor\_innen nicht weiter ins Hintertreffen geraten, müssen die Immobilienpreise wieder auf ein natürliches Maß zurückgeführt werden. Die Bekämpfung der Kaufpreisexplosion gelingt unter anderem durch die Beseitigung der Preissteigerungsphantasie bei den Mieterlösungen, die durch entsprechende Deckel zu begrenzen sind.

**29. Forcierung von gefördertem Wohnbau im Baurecht.** Damit soll der langfristige Einfluss der Gemeinden auf die Grundstücke gewahrt werden.

**30. Eigentum für junge Familien.** Die neue Verordnung der Finanzmarktaufsicht mit 20 Prozent Mindestanteil von Eigenmitteln bei Wohnbaufinanzierungen muss auf zehn Prozent gesenkt werden.

**31. Erneuerbare Energien.** Diese sind die einzig sinnvolle Energiequelle für unseren Wohnbau. Daher fordert die SPÖ verpflichtende nachhaltige Heiz- und Kühlsysteme für Neubauten und einen Anschluss an das Fernwärmenetz, wenn dieser möglich ist. Dies soll einerseits günstige Betriebskosten und andererseits energetische Unabhängigkeit ermöglichen.

**32. Dachflächen nutzen.** Das Energiepotenzial der Tiroler Dachflächen wird noch viel zu wenig genutzt, daher spricht sich die SPÖ für verpflichtende PV-Anlagen sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Neubauten aus.

**33. Campus-Leben für Studierende.** Innsbruck ist eine echte Hochschulstadt und profitiert ungemein davon, darüber hinaus bereichern Studierende auch das Zusammenleben in den anderen Tiroler Hochschulstandorten. Durch den Zuzug wird aber auch der Druck auf den Wohnungsmarkt erhöht, daher gilt es spezielle Wohnangebote für Studierende zu schaffen. Es soll daher endlich der schon lange angekündigte Studentencampus in Innsbruck umgesetzt werden. Darüber hinaus sollen zusätzlich Landesmittel für weitere Entwicklungen in Innsbruck und den anderen Hochschulstandorten bereitgestellt werden.





**GEMEINSAM GEHT  
VIELES LEICHTER.**

# VERKEHR?

Wir gemeinschaften das.

Mehr Öffis, mehr Radfahrer\_innen, mehr Fußgänger\_innen, weniger motorisierter Individualverkehr; mehr Schiene, weniger Straße. Das muss die Stoßrichtung einer umfassenden Mobilitätsstrategie für unser Land sein. Dabei setzen wir auf ein gut ausgebautes Anreizsystem für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel statt auf Schikanen gegen unsere Autofahrer\_innen – damit alle besser weiterkommen.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, IST DAS UNSERE GESAMTLÖSUNG FÜR DEN VERKEHR IN TIROL:

### Transit

1. **Drei-Punkte-Plan zum Transit.** Weil sich in neun Jahren unter ÖVP und Grünen nichts verbessert hat: Zweieinhalb Millionen LKW sind unserer Bevölkerung nicht länger zumutbar. Ob im Unterinntal, über dem Arlberg oder auf der Brennerautobahn: Im Schnitt hat die Zahl der Transit-LKW kontinuierlich zugelegt. Absoluter „Spitzenreiter“ war der Brenner: Hier legte der Transitverkehr auf über 2,5 Millionen Fahrten zu. ÖVP und Grüne haben eine Pandemie mit Ausgangssperren benötigt, um die Verkehrszahlen einmal in neun Jahren zu drücken – seither steigen wir wieder jährlich auf neues Rekordniveau. Die SPÖ Tirol setzt sich daher für die Einführung der Korridormaut, die Umsetzung eines wirksamen sektoralen Fahrverbots und eine festgeschriebene Obergrenze von maximal einer Million LKW pro Jahr ein.



 **Schwarz-Grün vereinbarte im Regierungsprogramm:** „Im transitierenden Verkehr eine LKW-Obergrenze von 1 Mio. Fahrten pro Jahr bis spätestens 2027 zu erreichen (...)“

### Die Realität sieht so aus:

|      |            |
|------|------------|
| 2013 | 1,94 Mio.* |
| 2014 | 2,01 Mio.* |
| 2015 | 2,07 Mio.* |
| 2016 | 2,10 Mio.* |
| 2017 | 2,25 Mio.* |
| 2018 | 2,40 Mio.* |
| 2019 | 2,45 Mio.* |
| 2020 | 2,31 Mio.* |

**Abseits einer kleinen „Corona-Delle 2020/21“ stieg der Lkw-Transit in ALLEN(!) Amtsjahren von Schwarz-Grün.**

\* Transit-Schwerverkehr am Brenner

2. **Alternativen in der Causa Lueg angehen.** Die Lueg-Brücke im Wipptal muss saniert werden. Wenn ein Tunnelbau – unsere nach wie vor präferierte Lösung – auf der am stärksten belasteten Transitroute Tirols und Europas nicht möglich ist, dann muss umgehend eine Einhausung in die Pläne aufgenommen werden. Auch diese Variante würde die Menschen vor Ort massiv entlasten. Außerdem muss in der Zeit der Sanierung – sprich: in der Zeit der Einspurigkeit auf der Lueg-Brücke – direkt und massiv die RoLa (Rollende Landstraße) ausgebaut werden.

3. **Mehr Schiene, weniger Straße.** Um den Güterverkehr langfristig auf die Schiene zu bringen, müssen die Logistikketten auf jeden Fall österreichischer und ökologischer werden. Dafür regen wir eine Verladeförderung an. Eine solche Förderung für die verladende Wirtschaft wie Land- und Holzwirtschaft, die Industrie oder auch den Großhandel sowie weitere Infrastrukturprojekte und Innovationen im Schienengüterverkehr würden sich positiv auswirken. Daran müssen wir in den folgenden Landesbudgets arbeiten!

**4. Flächendeckende LKW-Maut auf Gemeindestraßen.** Das Land muss sich für eine flächendeckende LKW-Maut auf Landes- und Gemeindestraßen einsetzen. Damit können die Sanierungen von Landes- und Gemeindestraßen zeitgerecht finanziert, Kosten gespart und Arbeitsplätze in den peripheren Regionen geschaffen werden. 25 Prozent der Mauteinnahmen sollen vor Ort in den öffentlichen Personennahverkehr investiert werden.

**Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

**5. Öffis ausbauen, Verdichtung des Taktverkehrs.** Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel muss attraktiv sein – dafür braucht es zwingend eine lückenlose Vernetzung aller Angebote in einer Gemeinde.

**6. Öffis ausbauen, auch in der Nacht.** In den Planungsverbänden sollen sich unsere Gemeinden für Nightliner ins Zeug legen. Das erhöht die Lebensqualität unserer Jungen, wirkt der Landflucht entgegen und stärkt damit periphere Regionen.

**7. Die Versprechen anderer einhalten.** Wir führen das 365-Euro-Ticket ein. Das neue Tirolticket sowie das Regionsticket sind zwar Vergünstigungen und Schritte in die richtige Richtung, aber kein Grund, sich zufriedenzugeben. Die Pendler\_innen in Tirol haben sich das 365-Euro-Ticket längst verdient, schließlich zahlen sie einen enormen Beitrag in den Steuertopf.

**8. Wiedereinführung des Direktzuges von Lienz nach Innsbruck.** Die Osttiroler Bevölkerung nimmt den derzeitigen Zustand nicht länger hin. Wir auch nicht. Eine Reihe von Landtagsinitiativen und zuletzt ein einstimmiger Beschluss des Dreier-Landtages wurden bislang ignoriert. Die SPÖ Tirol setzt sich für die Wiedereinführung der bewährten Zugverbindung zwischen dem Bezirk Osttirol und der Landeshauptstadt ein – andernfalls sind Lienzer\_innen bald schneller in Graz (Koralmtunnel) als in ihrer Landeshauptstadt.

**9. Kein Zentimeter zusätzlicher Straße auf der Fernpassstrecke.** Die Menschen im Bezirk Reutte wollen keine zweite Transitroute. Jede Verbesserung an der Autostrecke würde nur noch mehr Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung ins Außerfern bringen. Die konsequente Umsetzung der Fernpassstrategie eignet sich als Sofortmaßnahme für die Reduktion des Verkehrs. Das Hauptziel der SPÖ Tirol bleibt das Bahntunnelprojekt zwischen dem Ehrwalder Becken



und dem Inntal. Der Bahntunnel ist die beste und nachhaltigste Antwort für die Zukunft in dieser Region. Dafür braucht es Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene und die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel! Es geht um eine dringend notwendige Verkehrsentslastung und um eine Mobilitätswende, die eingeläutet werden kann. Auch wirtschaftlich betrachtet, ist diese Bahnverbindung von großer Bedeutung. Ein-, aber auch Auspendeln wäre mit einem solchen Projekt möglich – ein erster Schritt, um den Urlauber\_innenverkehr über die Bahn in den Urlaub zu bringen. Wenn wir der Mobilitätswende einen Schritt näherkommen wollen, brauchen wir mehr öffentlichen Verkehr im gesamten Bundesland, ein Angebot, das es jeder und jedem ermöglicht, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

**10. Zweigleisiger Schienenausbau zwischen Ötztal-Bahnhof und Landeck.** Wer mehr Zug fahren will, der braucht auch die Gleise dafür. Dieses wichtige langjährige Vorhaben muss weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden.

**11. Direktvergabe.** Wir stehen zur Direktvergabe und halten an dieser fest. Mit ihr werden zehntausende Arbeitsplätze mit guter Bezahlung und fairen Bedingungen bei unseren rot-weiß-roten Bahnen sowie in deren Zulieferbetrieben gesichert. Auch die Pendler\_innen profitieren langfristig von qualitativ

hochwertigen, verlässlichen Dienstleistungen und Angebotsverbesserungen.

**12. Park and Ride.** Der Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen geht zu langsam voran. Der Vorhabenplan der ÖBB muss beschleunigt werden, auch wenn sich in den nächsten Jahren viel tut. Der Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen ist ein ganz wichtiger Schritt, um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel in den ländlichen Regionen zu verbessern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

**Verkehrssicherheit**

**13. Sicher in die Schule.** Wir wollen insbesondere den Schulweg so sicher wie möglich gestalten. Die Maßnahmen dafür reichen von temporären Fahrverboten am Beginn und Ende der Schule bis zu generellen Geschwindigkeitsbeschränkungen von 20 Kilometern pro Stunde.

**14. Verkehrssicherheit in den Gemeinden evaluieren.** Ampelregelungen, Parkplätze, Zebrastreifen, Beleuchtung der Straßen-, Rad- und Gehwege, Ausleuchtung der Zebrastreifen und Unterführungen – wie sicher ist die lokale Verkehrssituation für alle Teilnehmer\_innen, insbesondere für unsere Jüngsten? Das wollen wir Gemeinde für Gemeinde herausfinden.

**Neue Wege fahren**

**15. Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr.** Öffentlicher Verkehr und der Zugang zur Mobilität sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch und vor allem eine Frage der Chancengleichheit und der Chancengerechtigkeit. Immer noch viele Haushalte, besonders mit weniger Einkommen und im ländlichen Bereich, sind beim Zugang zum ÖPNV stark benachteiligt.

**16. Car-Sharing.** Immer mehr Gemeinden bieten attraktive Angebote von Car-Sharing-Modellen an. Wir wollen mit dem Ausbau der E-Mobilität diese erfolgreichen Projekte fördern und flächendeckend in den Gemeinden vorantreiben.

**17. Für Radpendler\_innen in die Pedale treten.** Wir möchten Konzepte für geeignete Rad- und E-Bike-Abstellflächen in Bahnhofsnähe entwickeln. Die Errichtung und Erhaltung von regionalen und überregionalen Radwegen ist ein Gebot der Stunde. Hand in Hand mit den Planungsverbänden soll der Ausbau des Tiroler Radwegenetzes beschleunigt werden. Außerdem fordern wir eine landesweite Planung und Steuerung des Ausbaus.

**18. Qualitäts- und Sozialkriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben.** Neben den Preis- und Qualitätskriterien müssen vor allem Sozialkriterien wie Entlohnung und Arbeitsbedingungen einen noch höheren Stellenwert bei Ausschreibungen einnehmen. Während der Umweltgedanke bei Vergaben stärker berücksichtigt wird, besteht noch einiges an Spielraum, um auch im Bereich des Arbeitsrechts entsprechende Akzente zu setzen. Jetzt geht es darum, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an der nächsten Schraube im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping zu drehen. Die verpflichtende Berücksichtigung von Sozialkriterien bei der Vergabe von Aufträgen im öffentlichen Nahverkehr, aber auch bei anderen öffentlichen Aufträgen, etwa im Gesundheitsbereich oder im Reinigungsgewerbe, ist dringend notwendig. Die Entwicklung einer fairen Gestaltung von Ausschreibungen geht nur mit Beteiligung der Tiroler Sozialpartner. Gerade die öffentliche Hand muss ein Garant für gute Arbeitsbedingungen bei der Vergabe sein. Die klein- und mittelständischen Unternehmen, die insbesondere in Tirol das Rückgrat der Wirtschaft bilden, müssen dabei unterstützt werden, den „Vergabedschungel“ zu durchblicken und im Sinne der Tiroler Arbeitnehmer\_innen und Arbeitgeber\_innen zu handeln.

# ARBEIT UND WIRTSCHAFT?

Wir gemeinschaften das.

Die Digitalisierung kommt und birgt Chancen für uns alle – vorausgesetzt, wir können an ihr teilhaben! Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für diesen globalen Megatrend zu schaffen und ihn in geordnete Bahnen zu lenken. Mut, Leidenschaft und visionäres Denken sind nun gefragt. Wenn wir die Herausforderungen, vor die der technische Wandel unsere Gesellschaft stellt, aktiv angehen, schaffen wir dadurch neue Möglichkeiten für unser Land – gerade was den Arbeitsmarkt betrifft.

Wir sind ein Land, das hohe wissenschaftliche Tradition hat – in der Mathematik, in den Sozialwissenschaften, in der Physik oder in der Mechatronik. Wir sind ein Land, in dem 100 „Hidden Champions“ angesiedelt sind. Das sind Klein- und Mittelbetriebe, die Weltmarktführer sind. Für sie und ihre Mitarbeiter\_innen sind wir da und wollen wir gestalten.



Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatslöhne: **-2,3 % gegenüber dem Vorjahr**

|                                 | 2019    | 2020    | 2021    | 2022 <sup>1)</sup> |
|---------------------------------|---------|---------|---------|--------------------|
| nominal <sup>2)</sup>           | 3.870 € | 2.930 € | 4.140 € | <b>4.280 €</b>     |
| reale Veränderung <sup>3)</sup> | 1,4 %   | 0,6 %   | 0,2 %   | <b>-2,3 %</b>      |

1) Prognose; 2) Vollzeitäquivalente; 3) gegenüber dem Vorjahr | Quelle: Statistik Austria, WKO, Wifo 2022



**Tirol ist ein Niedriglohngebiet:** Durchschnittliche Bruttomonatslöhne \*) nach Region

|                       | 2019    | Veränderung 2019/2018 |
|-----------------------|---------|-----------------------|
| Landesdurchschnitt    | 2.919 € | 3,0 %                 |
| Wien                  | 2.872 € | 2,5 %                 |
| Hochlohnregion (NÖ)   | 3.133 € | 3,6 %                 |
| Niedriglohnregion (T) | 2.651 € | 2,5 %                 |

\*) Unselbstständig Erwerbstätige, ohne Azubis/Lehrlinge | Quelle: Statistik Austria, WKO, Wifo 2022

# WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, SCHAFFEN WIR IN DER ARBEITSWELT VON MORGEN CHANCEN FÜR ALLE:

**1. Nachhaltige Vollbeschäftigung.** Die Nutzung aller Investitionshebel, um Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss zur obersten Priorität erklärt werden. Die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderungsrichtlinien, vor allem zugunsten der Lehrlingsausbildung und der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer\_innen, der Ausbau der Lehre mit Matura, eine Ausbildungsgarantie und ein echter Branchenmix sind die Eckpfeiler für einen gesunden Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort Tirol. Unsere Klein- und Mittelbetriebe prägen Tirols Unternehmenslandschaft. Sie sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft und müssen einen entsprechenden Stellenwert in unseren Überlegungen einnehmen.

**2. Gleicher und g'scheiter Lohn für gleiche Arbeit.** Höhere kollektivvertragliche Mindestlöhne stärken die Wirtschaft. Sie schaffen eine notwendige und existenzsichernde Grundlage, welche es erst ermöglicht, die Wirtschaft durch höhere Inlandskraft und bessere Wettbewerbsposition bei der Personalsuche zu stärken.

**3. Forcierung der Beschäftigung arbeitssuchender Menschen.** Die SPÖ Tirol steht für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigung hochhält und auch jenen wieder Chancen ermöglicht, die vom Markt zurückgelassen werden. Wir setzen uns daher insbesondere für die Finanzierung gemeindenaher Beschäftigungsprogramme ein. Wo die Bundesregierung Arbeitslose im Stich lässt, werden wir einspringen.

**4. Offensive für Gesundheit am Arbeitsplatz.** Die Zunahme an Belastungen am Arbeitsplatz und das Versinken von Arbeit und Freizeit – Stichwort: ständige Erreichbarkeit – machen krank. Die häufigste Ursache für Ausfälle am Arbeitsplatz sind

mittlerweile psychische Erkrankungen. Wie in vielen anderen Bereichen gilt auch in der Arbeitsmedizin und der betrieblichen Gesundheitsförderung, dass Prävention das wichtigste Werkzeug ist. Daher muss die Prävention ausgebaut sowie eine niederschwellige Anlaufstelle für betroffene Menschen eingerichtet werden. Außerdem braucht es im Land Tirol eine klare Anlaufstelle zur Kontrolle von Arbeitsbedingungen, ergänzend zur Arbeitsinspektion.

**5. Faire Praktika-Spielregeln.** Wir sehen nicht ein, dass viele junge Menschen ihre ersten Kontakte in der Arbeitswelt unter oft fragwürdigen Verhältnissen absolvieren müssen – sei es, dass die Bezahlung nicht stimmt, oder dass Praktikant\_innen als Urlaubsvertretung eingesetzt werden und nichts vermittelt bekommen. Es braucht klare und faire Rahmenbedingungen, damit Praktikant\_innen nicht länger ausgebeutet werden können.

**6. Bestbieter statt Billigstbieter.** Die SPÖ in Tirol fordert im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen die flächendeckende Anwendung des Bestbieterprinzips inklusive hochwertiger Sozial- und Qualitätskriterien, um Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

**7. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.** Ganztägige Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen und die Ganztageschule mit verschränktem Unterricht sind als Voraussetzung für die Berufstätigkeit von Eltern unumgänglich. Wir wollen die Angebote ausbauen und auf den Bedarf von Familien im Arbeitsleben abstimmen. Die Gemeinden als Schulerhalterinnen müssen vom Land bestmöglich unterstützt werden.

**8. Soziale Absicherung für EPU und neue Selbständige.** Das Land soll für die wachsende, aber wenig abgesicherte und oftmals in prekären Verhältnissen tätige Gruppe der Ein-Personen-Unternehmen Bündelversicherungen anbieten.

**9. Gründungsoffensive mit Beteiligungsfonds des Landes.** Um den Zugang zu Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für technologie- und innovationsintensive Start-ups sowie wachstumsorientierte Klein- und Mittelunternehmen zu erleichtern, fordert die SPÖ in Tirol die Einrichtung eines Fonds, über den Beteiligungen an strategisch wichtigen Unternehmen in den Regionen erworben werden können.

**10. Digitalisierungspaket.** Die Intensivierung der Breitbandoffensive des Landes Tirol ist ein Gebot der Stunde. Eine wichtige Voraussetzung für ein flächendeckendes Glasfasernetz in Tirol sind funktionierende Ortsnetze in den einzelnen Gemeinden. Vor allem in der Peripherie brauchen sie mehr Unterstützung.

**11. Übertragungsraten wie in Europas Spitzenregionen.** Geht es nach der SPÖ Tirol, so soll Tirol auch zu den Spitzenregionen Europas gehören, wenn es um die kabellose Übertragung von Daten geht. Daher fordern wir eine Adaptierung der Internetstrategie des Landes Tirol.

**12. Digitalisierungsförderung für Weiterbildungsmaßnahmen.** Digitalisierung ist eine Querschnittsmaterie. Der Umgang damit muss in Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen einen hohen Stellenwert einnehmen.

**13. Arbeitszeitverkürzung jetzt.** Die SPÖ in Tirol macht sich für eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich stark. Außerdem forcieren wir neue Familienarbeitszeitmodelle, mit der Zielsetzung einer höheren Väter-/Partner\_innenbeteiligung bei unbezahlter Arbeit.

**14. Solidaritäts- und Beschäftigungsprämie.** Auch wenn derzeit nahezu Vollbeschäftigung herrscht: Wir fordern vorbeugend die Weiterentwicklung des Modells der Solidaritätsprämie und die Schaffung einer Beschäftigungsprämie.

**15. Ausweitung der Altersteilzeit.**

**16. Ausbau der Kontrolle bei Arbeitszeitverletzungen und wirksame Sanktionssysteme.**

**17. Die sechste Urlaubswoche für alle Arbeitnehmer\_innen.**

**18. Eine abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren** für alle Berufsgruppen unter Abrechnung von Karenzeiten bzw. Präsenz- und Zivildienst.

**19. Erweiterung der Schwerarbeitsregelung.**

**20. Land- und Gemeinden.** Wir fordern eine Anpassung der Entlohnung im Landes- und Gemeindedienst sowie in allen Kollektivverträgen, die in Einrichtungen, die ausschließlich durch die öffentliche Hand finanziert werden, zur Anwendung kommen

– damit das Land seiner Vorbildwirkung nachkommt und im Vergleich zur Privatwirtschaft konkurrenzfähig bleibt.

**21. Aufwertung der Lehre.** Beginnend mit 850 Euro Mindestlehrlingsentschädigung bis hin zu einem modernen Ausbau des Berufsschulcampus Lohbach wollen wir diesen Berufsweg attraktivieren. Auch das Land kann bei der Anstellung von Lehrlingen mit gutem Beispiel vorangehen.

**22. Tourismus.** „Schneller, höher, weiter“ ist angesichts der globalen Krisen, denen wir uns zu stellen haben, kein zukunftsfähiges Konzept mehr. Wir wollen weg vom Massen- und zurück zum Qualitätstourismus – sanft und naturnah. Dafür braucht es dringend bessere Arbeitsbedingungen in der Branche, beginnend mit einer fairen Entlohnung für jene Arbeiter\_innen und Angestellte, die den enormen Erfolg Tirols in diesem Bereich erst möglich machen.



# GLEICHSTELLUNG DER FRAUEN?

Wir gemeinschaften das.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, IST GLEICHSTELLUNG SELBSTVERSTÄNDLICH:

**1. Halbe-halbe muss Realität werden.** Die Pandemie hat vor allem Frauen intensiv belastet. Sie waren noch mehr als sonst einer Doppel- und Dreifachbelastung ausgesetzt. Ihr Zuhause wurde zu Schule, Spielplatz und Arbeitsplatz. Frauen übernehmen weiterhin den Großteil der unbezahlten Sorge-, Pflege- und Hausarbeit. Es ist höchste Zeit für eine geschlechtergerechte Aufteilung unbezahlter Arbeit und eine gänzliche Gleichstellung im Erwerbsleben. Maßnahmen dafür sind unter anderem entsprechende gesetzliche Regelungen zur Kinderbetreuung und Arbeitszeitverkürzung. Allen Eltern steht das Recht auf Karenz zu, trotzdem wird die Väterkarenz viel zu wenig genutzt. Wir stehen für eine gleichberechtigte Aufteilung der Karenzzeiten und Anreizmodelle für Väter, diese auch anzunehmen.

**2. Beste und kostenfreie Kinderbetreuungsangebote.** Der Ausbau kostenfreier, qualitativ hochwertiger, flächendeckender, ganztägiger und ganzjähriger Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ermöglicht eine Vollzeitbeschäftigung und gewährleistet die Vereinbarkeit von Familie, Pflege/Betreuung und Berufstätigkeit. Tirol hinkt beim Ausbau der Kinderbetreuung hinterher und muss endlich in die Gänge kommen. Um die Gemeinden beim Ausbau zu unterstützen und ihnen auch eine finanzielle Last zu nehmen, fordert die SPÖ Tirol die Anstellung des Elementarbildungspersonals über das Land Tirol.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Die gleichberechtigte Teilhabe an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sollte ebenso wie das Grundprinzip des gleichen Einkommens für gleichwertige Arbeit in unserer modernen und aufgeklärten Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Doch dafür gibt es noch viel zu tun.

**3. Politische Entscheidungsprozesse nicht ohne Frauen.** Klare Maßnahmen, Quotenregelung und der Ausbau des Förderprogramms, um einen Frauenanteil von 50 Prozent in Führungspositionen der Landesverwaltung sowie in Führungspositionen und Aufsichtsräten von Landes- und landesnahen Unternehmen zu erreichen.

**4. Gleichstellung im Erwerbsleben.** In Tirol verdienen Frauen im Durchschnitt für gleichwertige Arbeit immer noch 19 Prozent weniger als Männer. Das sind 68 Tage im Jahr, die eine Tirolerin unbezahlt arbeitet. Für maximale Einkommenstransparenz und eine Auskunft über Lohn- und Gehaltsniveaus fordern wir die jährliche Vorlage eines Berichts zur Einkommenssituation in Tirol.

**5. Wir reden über Gehalt.** Diskriminierung bei der Bezahlung kann man nur entgegentreten, wenn man weiß, dass man weniger verdient als manche männlichen Kollegen. Deshalb: Wir reden über Gehalt und fordern eine maximale Einkommenstransparenz in allen Berufsbranchen, um Ungleichbehandlung aufzuzeigen und die Lohnschere zu schließen.

**6. Gender-Budgeting im Tiroler Landesbudget verankern.** Ziel ist es, das Budget unter sozialen Gesichtspunkten gerecht zwischen den Geschlechtern aufzuteilen. Jedes Landesbudget soll unter den



Gesichtspunkten der Geschlechtergerechtigkeit aufgeteilt werden, um eine faire Aufteilung der Ausgaben auf die Geschlechter zu erzielen.

**7. Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt.** Jede fünfte Frau ist ab ihrem 15. Lebensjahr mindestens einmal körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Im Jahr 2021 wurden durchschnittlich mehr als zwei Frauen pro Monat getötet, die allermeisten von ihren männlichen (Ex-)Partnern oder Bekannten. Diese Zahlen sind erschreckend. Es braucht politische Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt. Wer Schutz sucht, soll diesen bekommen. Dazu bedarf es in Tirol ausreichender Frauenhausplätze. Grundlage dafür ist die Empfehlung des Europarates, nach der es für je 10.000 Einwohner\_innen einen Schutzplatz braucht. Bezogen auf Tirol wären das also rund 75 Plätze.

**8. Aktuell gibt es in Tirol 39 Frauenhausplätze, es fehlen 36.** Die SPÖ Tirol setzt sich klar für den Ausbau des Schutzangebotes in Tirol ein.

**9. Information und Unterstützung.** Flächendeckender Ausbau und finanzielle Absicherung von Frauenservicestellen!

**10. Gewalt gegen Frauen verhindern, bevor sie entsteht.** Gewalt ist überwiegend männlich, dies zeigen uns viele Statistiken. Bei sexualisierter Gewalt beträgt die Täterquote bei Männern sogar 98 Prozent. Dies ist das Ergebnis langanhaltender patriarchaler Strukturen und starrer Geschlechterrollen, in die Frauen wie Männer gezwängt wurden und werden. Es braucht mehr Aufklärung und Sensibilisierung schon ab der Elementarbildung und Prävention, bevor Gewalt entsteht. Dafür sind mehr finanzielle Mittel für Prävention und Opferarbeit notwendig, denn Frauenmorde sind oft das Ergebnis einer langen Gewaltspirale.



### SCHON GEWUSST?

**Auf Initiative von Klubobmann Georg Dornauer hat der Tiroler Landtag im Mai 2021 zusätzliche 500.000 Euro für Gewaltschutz und Gewaltprävention beschlossen.**

Quelle: Land Tirol/Parlamentarische Materialien

**11. Weiblich und wohnungslos.** Wohnungslosigkeit ist divers und hat viele Gründe: Einkommensverlust, hohe Mietpreise, Trennung, häusliche Gewalt, etc. Wohnungslose Frauen haben eine erhöhte Gefahr, sexualisierter Gewalt ausgesetzt zu werden. Es ist daher wichtig, sichere Räume für Frauen in dieser Notsituation zu schaffen. Es braucht in Tirol ein flächendeckendes Angebot von Wohnprojekten und Noträumen für Frauen und Kinder, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind.

**12. Abtreibungen gehören zur Gesundheitsversorgung.** Seit 1975 gilt in Österreich die Fristenlösung, in den ersten drei Monaten ist Schwangerschaftsabbruch daher straffrei. In Tirol nimmt nur ein Arzt Schwangerschaftsabbrüche vor, die Selbstbestimmung von Frauen wird dadurch eingeschränkt. Schwangerschaftsabbrüche zählen zu den häufigsten Eingriffen in der Frauenheilkunde und sind eine Aufgabe der Gesundheitspolitik. Frauen muss es

ermöglicht werden, diese medizinische Behandlung an öffentlichen Krankenhäusern oder bei niedergelassenen Ärzt\_innen vornehmen zu lassen. Wir fordern einen offenen, sicheren und legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und die Übernahme der Kosten durch die Sozialversicherungsträger.

**13. Frauengesundheit ist mehr als Geburtshilfe.** Zu Frauengesundheit gehört mehr als Gynäkologie und Geburtshilfe. Krankheiten haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter und je nach Geschlecht oft ebenso unterschiedliche Symptome. Dies hat mit biologischen, aber auch gesellschaftlichen Gegebenheiten zu tun. Für die beste Gesundheitsversorgung fordern wir daher eine Anlaufstelle für Frauengesundheit in allen Bezirkskrankenhäusern sowie die Vorlage eines Frauengesundheitsberichts alle zwei Jahre.

**14. Menstruationsprodukte dürfen keine Frage des Geldes sein.** Wir fordern die Zur-Verfügung-Stellung kostenloser Monatshygieneartikel in allen landeseigenen Gebäuden, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Orten.

**15. Rollenbilder aufbrechen.** Es gibt weiterhin Berufe, die mehr von Frauen ausgeübt werden, und andere Branchen, in denen mehr Männer zu verorten sind. Ein Beruf hat aber kein Geschlecht. Ob Maurerin oder Friseur, unsere Kinder sollen frei von Rollenzwängen über ihre Zukunft entscheiden können. Um dies zu erreichen, wollen wir bewusstseinsbildende Maßnahmen und finanzielle Unterstützung für Förderprogramme von der Elementarpädagogik bis in die Hochschule – um Mädchen und Buben zu unterstützen und zu fördern, ihre Fähigkeiten entdecken und entfalten zu können. Dafür wollen wir eine offene Berufsorientierung frei von Rollenbildern in allen Landesschulen ab der Volksschule.

# GESELLSCHAFT UND SOZIALES?

Wir gemeinschaften das.



Ob es eine in finanzielle Nöte geratene Nachbarin, ein Schutzsuchender aus einem Krisengebiet oder ein naher Verwandter ist, der in Würde seinen Lebensabend gestalten will: Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht. Wir bleiben sozial. Und sichern damit Wohlstand, sorgen für Chancengleichheit, bringen mehr Gerechtigkeit in unser Land und erhalten den sozialen Frieden.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, REDEN WIR NICHT NUR ÜBER SOLIDARITÄT, SONDERN HANDELN AUCH SOLIDARISCH:

**1. Das Tiroler Mindestsicherungsgesetz als Grundpfeiler unserer Sozialpolitik.** Die Ausfinanzierung des Sozialbudgets und der Mindestsicherung sowie der Ausbau der Unterstützung für soziale Vereine muss sichergestellt werden, um die sozialen Standards in Tirol zu gewährleisten. Lebensnotwendige Anschaffungen für Betroffene müssen nach wie vor über die Mindestsicherung finanziert werden können. Die Verschlechterungen in diesem Bereich nach neun Jahren Schwarz-Grün werden wir zurücknehmen. Angesichts der aktuellen Teuerung machen wir uns auch weiter für ein Aussetzen der Vermögensverwertung vor Bezug der Mindestsicherung stark.

**2. Klare Zielsetzungen unserer Sozialpolitik.** Die Armutsbekämpfung zur Senkung der Anzahl armutsgefährdeter Menschen in Tirol hat für uns höchste Priorität. Die Sicherung der Grundbedürfnisse für Menschen in Notsituationen muss garantiert werden.

**3. Forcierung der Wiedereingliederung in das Berufsleben.** Dafür muss das Land Tirol sinnvolle Beratungs-, Förder- UND Beschäftigungsprojekte in Zusammenarbeit mit dem AMS Tirol und weiteren Sozialvereinen gewährleisten.

**4. Klares Bekenntnis zur Delogierungsprävention.** Die jahrzehntelang explodierenden Wohnkosten werden in Tirol durch die anhaltende Teuerung nochmals verschärft. Damit niemand in unserem Land sein Dach über dem Kopf verlieren muss, wollen wir die finanziellen Mittel der Delogierungsprävention weiter aufstocken.

**5. Unterstützungsleistungen wie Heizkostenzuschuss neu denken.** Die Richtlinien des Landes Tirol für beispielsweise den Heizkostenzuschuss müssen künftig so gestaltet sein, dass Einschleifregelungen zum Zuge kommen statt starrer Einkommensgrenzen. Wer 1.001 Euro verdient, hat eine Unterstützung



genauso notwendig wie jemand, der 999 Euro verdient – bekommt sie bei einer starren Einkommensgrenze von 1.000 Euro aber nicht.

**6. Wohnungslosigkeit ist kein Randthema.** Weil Wohnungslosigkeit nicht nur in Innsbruck ein Problem darstellt, fordert die SPÖ den weiteren Ausbau von niederschweligen Einrichtungen für Wohnungslose in ganz Tirol. Unabhängig von den Notschlafstellen sollen auch von der öffentlichen Hand Übergangswohnungen angeboten werden, um Menschen einen Weg zurück zu geregelten Wohnverhältnissen zu eröffnen.

**7. Integration heißt fördern und fordern.** Der Spracherwerb und die rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind der Schlüssel für eine gelungene Integration von Menschen mit positivem Asylbescheid. Daher müssen die Finanzierung und der verbindliche Besuch zum Spracherwerb sowie eine professionelle Begleitung zur Eingliederung in den

Arbeitsmarkt durch das Land sichergestellt werden – auch mit dem Anbieten eigener Sprachkurse. Bereits erworbene Qualifikationen müssen auf unsere Standards geprüft und notwendige Kompetenzen vertieft werden.

**8. Unser Umgang mit Asylwerber\_innen.** Auch der Umgang mit Asylwerber\_innen im Spannungsfeld der ungewissen Dauer der Asylverfahren und deren Ausgang stellt das Land Tirol vor eine große Herausforderung. Gerade deshalb bekennen wir uns zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung sowie zu einer integrativen Begleitung, Betreuung und Qualifizierung der Betroffenen, damit die Vorbereitung auf ein selbständiges Leben in Tirol ermöglicht wird.

**9. „Humanitäres Bleiberecht“.** Bei der Entscheidung, ob Asylwerber\_innen – insbesondere jene, die seit Jahren im Ort leben – abgeschoben werden, soll der Wohnsitzgemeinde ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Abschiebungen von gut integrierten Familien und Kindern, wie unter Schwarz-Grün im Bund geschehen, würde damit ein Riegel vorgeschoben.

**10. Selbstverwaltung der Sozialversicherungen.** Wir machen uns für die Rücknahme der Enteignung der Arbeitnehmer\_innen in der eigenen Sozialversicherung und die Schaffung einer neuen Mehrheit im Sinne der Versicherten in allen Gremien stark. Außerdem fordern wir den Ausbau der gesetzlichen Verantwortung der Landesstellen und ihrer Selbstverwaltungskörper. Das Ziel muss sein, dass die Versicherten Ansprechpartner\_innen in Tirol haben.

**11. Ausfinanzierung von systemrelevanten Sozialvereinen in Tirol, insbesondere in den kommenden Jahren.** Dazu zählen unter anderem die Delogierungsprävention, die Gewaltprävention oder die Schuldnerberatung.

**12. Die SPÖ fordert, die Gründe für Kinderarmut in Tirol umfassend zu evaluieren und darauf aufbauend im Rahmen von Maßnahmen und Schwerpunkten deren Ursache zu bekämpfen.**

**13. Den Sozialratgeber Tirol,** der sämtliche Sozialleistungen in Tirol zusammenfasst und übersichtlich über die vorhandenen Hilfs- und Beratungsangebote sowie Unterstützungsmöglichkeiten für in Not geratene Menschen informiert, weiterentwickeln und barrierefrei zugänglich machen.

**14. Unterstützung beim Ausfüllen der Formulare oder bei Behördengängen.** Dabei ist sicherzustellen, dass die Unterlagen verständlich und in „Leichter Lesen“ angeboten werden. Zentrale Anlauf- bzw. Digitalisierungsstellen sollen in der Landesverwaltung, insbesondere den Bezirkshauptmannschaften, angesiedelt werden, um Antragsteller\_innen bei der Abgabe von Anträgen zu unterstützen

**15. Neue Regierungsverpflichtung.** Die Geschäftsordnung der zukünftigen Landesregierung wird durch Ergänzung der „Gemeinsamen Beschlussfassung“ um den „Jährlichen Bericht über Armut und Wohnungslosigkeit in Tirol“ erweitert – dies unter Einbezug der „Operativen Sozialarbeit“, der Sozialpartner und aller relevanten Einrichtungen wie ÖGK, AMS, Kinder- und Jugendanwaltschaft, Menschen mit Behinderung, Flüchtlinge usw.

**16. Transparenz bei Amtsübergaben.** Es ist Vorsorge dafür zu treffen, dass bei Amtsübergaben (Landesrät\_innen, Führungskräfte) nachweislich Bilanzen bezüglich der bisherigen Arbeit gelegt und etwaige Nichterledigungen besprochen werden.

**17. LGBTIQ+.** Gerade in einem konservativen Land wie Tirol ist ein umfassender Diskriminierungsschutz von queeren Personen unglaublich wichtig. Entsprechende Anlauf- und Beratungsstellen sind auszubauen und mit genügend finanziellen Mitteln auszustatten. Auch das Transgender-Center in den Tirol Kliniken ist eines von wenigen in ganz Österreich und muss dem Bedarf entsprechend ausgestattet werden.

**18. Im Sinne des Artikel 25 der Charta der Europäischen Grundrechte keine Altersdiskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen und behördlichen Informationen sowie bei der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.**



**GEMEINSAM  
VON KLEIN AN.**

# BILDUNG?

Wir gemeinschaften das.



## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, IST BILDUNG KEIN PRIVILEG, SONDERN EIN ANFANG:

**1. Kinderbildung und -betreuung ganztägig und ganzjährig.** Ein flächendeckendes ganztägiges, ganzjähriges und kostenloses Angebot für Kinderbildung in ganz Tirol zu schaffen, muss zur obersten Priorität werden. Wir stehen zum Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, denn nur so ermöglichen wir Chancengleichheit für alle Kinder und können die vielzitierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen – ein unverzichtbarer Schritt auf dem langen Weg zur Gleichstellung von Frauen.

**2. Sprachliche Bildung von Anfang an.** Unsere Gesellschaft ist mehrsprachig – der Kindergarten und die Schule sind es auch. Insbesondere Sprachförderung wirkt dann am besten, wenn sie von Anfang an – also bereits im Elementarbereich – beginnt und von qualifizierten Pädagog\_innen individuell auf den kindlichen Lernprozess abgestimmt werden kann. Qualitätsvolle Elternarbeit mit Unterstützung von mobilen interkulturellen Teams und Videodolmetschtools können Brücken bauen, Kommunikation erleichtern und die Zugehörigkeit von allen Kindern in ihrer gesamten späteren Bildungslaufbahn sichern.

**3. Gemeinsame Schule.** Die gemeinsame Schule für alle Kinder bis zu 14 Jahren ist für die SPÖ Tirol das klar definierte Ziel – ganztägig, mit individueller Förderung und mit verschränktem, fächerübergreifendem und lebensnahem Unterricht. Das Land Tirol muss sich endlich dazu bekennen, sie klar als die beste bestätigte Schulform zu ermöglichen und finanziell zu fördern. Die beste Bildung sind wir unseren Kindern und der Zukunft schuldig!

**4. Verschränkte Unterrichtsform.** Die Ganztageschule blüht dort auf, wo sie im verschränkten Unterricht geführt wird. Dort wechseln Unterrichts-, Lern- und Freizeiteinheiten den Tag über ab. Ruhephasen, Austoben, Lernen und Üben finden so einen natürlichen und kindgerechten Rhythmus und sind professionell begleitet. Dieses Angebot ist auszubauen und intensiv zu fördern, um allen Familien diese Unterrichtsform in bester Qualität anbieten zu können und die Talente aller Kinder zum Blühen zu bringen!

Wir wollen die Kinder ganz in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen und die Talente und Potenziale jedes einzelnen Kindes, individuell beginnend mit der Elementarpädagogik, fördern – egal, woher sie kommen, welchen Namen sie tragen und wer ihre Eltern sind. Dazu braucht es die umfassende Aufwertung und Wertschätzung für alle, die in diesem zentralen Berufsfeld engagiert sind.

**5. Inklusion ist keine „Kann-Bestimmung“.** Österreich hat sich 2008 mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention klar zu mehr Rechten und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen bekannt. Tirol hinkt bei der inklusiven Schule für Kinder mit Behinderungen jedoch weit hinterher. Nicht einmal 50 Prozent besuchen Regelschulen, womit Tirol weit unter dem Bundesschnitt liegt. Hier braucht es eine Politik, die mit voller Überzeugung für das Ermöglichen von Inklusion einsteht, alle notwendigen Weichen stellt und die finanziellen Mittel bereitstellt, die eine qualitätsvolle inklusive Pädagogik braucht.

**6. Ferienbetreuung, aber sicher.** Was grundsätzlich schon ein großes Thema ist – nämlich einen guten Betreuungsplatz mit ausreichend Tagesöffnungszeiten zu finden, und das zu einem leistbaren Preis –, ist in den Schulferien noch viel schwieriger, in vielen Gemeinden sogar unmöglich. Dieses Problem lässt sich politisch lösen – indem beispielsweise das Fördersystem für Gemeinden spürbar ausgebaut und endlich den realen Gegebenheiten am Arbeitsmarkt angepasst wird.

**7. Aufwertung der Berufe im pädagogischen Bereich.** Unser Ziel ist es, die geeignetsten, motivertesten und bestausgebildeten Menschen für pädagogische Berufe zu gewinnen. Ihr Engagement, ihr Können und ihre Begeisterungsfähigkeit sind die Voraussetzungen, dass Kinder ihre natürliche Freude am Lernen und Entdecken auf dem Weg zum Erwachsenwerden nicht verlieren. Wir wollen pädagogische Berufe so attraktiv machen, wie sie es zum Wohl unserer gesamten Gesellschaft sein sollten.

**8. Mehr Personal für Bildungseinrichtungen.** Für Tirols Kinderbildungseinrichtungen und Schulen braucht es deutlich mehr Personal, um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Unser Ziel ist es, das pädagogische Personal einerseits zu entlasten, um mehr Spielraum für die eigentliche pädagogische Arbeit zu schaffen, und andererseits dort aktiv zu unterstützen, wo Bildungsaufgaben mit (psycho-) sozialen Fragen zusammentreffen. Als Erstes müssen all jene Standorte mit besonders großen Herausforderungen zum Zug kommen. Mittel- und längerfristig fordern wir daher für Tirol rund 1.000 zusätzliche Pädagog\_innen bzw. unterstützendes qualifiziertes Personal für Kinderbildungseinrichtungen und Schulen.

**9. Stipendium für den (Quer-)Einstieg in elementarpädagogische Berufe.** Viele Gemeinden haben damit zu kämpfen, genügend Elementarpädagog\_innen zu finden. Hier kann ein Stipendium helfen, das zeigen andere Bundesländer bereits vor. Darüber hinaus braucht es (bundesweite) Anstrengungen, um die pädagogische Qualität der Kinderbildungseinrichtungen zu sichern und weiter auszubauen; genauso gilt es aber, den Quereinstieg in pädagogische Berufe bewusst zu fördern. Das Land Tirol muss hier endlich eine aktive Rolle im Zusammenspiel mit dem Bund und dem zuständigen Ministerium einnehmen.

**10. Weil Bildungseinrichtungen Lebensraum sind:** mehr Investitionen in die Schulinfrastruktur und in flexible Raumstrukturen! Wir brauchen eine Sanierungs- und Ausbauoffensive für alle Pflicht- und Berufsschulen – auch die Lehrlingsheime dürfen nicht vergessen werden. Denn nicht nur die landwirtschaftlichen Schulen haben den höchsten Standard verdient.

**11. Gesunde Bildung, gesundes Leben.** Gesunde Jause, gesunder Mittagstisch, tägliche Bewegungseinheit – wie wichtig Ernährung und Bewegung sind, um ein gesundes Leben zu führen, darüber besteht Einigkeit. Doch die Voraussetzungen für die Umsetzung fehlen oft. Ausnahmen und Einzelinitiativen sind vorbildhaft und werden häufig ausgezeichnet, doch die Politik muss dafür sorgen, dass sie nicht Ausnahmen bleiben, sondern zu Standards werden können.

**12. Mehr politische Bildung an Tirols Schulen.** Demokratie benötigt Reflexion, Kritik, das Erkennen und Analysieren von Zusammenhängen, eigenständiges Denken – dazu ist Bildung der Schlüssel. Um demokratische Prozesse und Entscheidungen im tieferen Sinne zu verstehen und sich eine reflektierte Meinung bilden zu können, braucht es politische Bildung. Daher müssen die Projekte im Bereich der politischen Bildung, die wissenschaftliche Beratung bei der Konzeption und Durchführung von Workshops sowie thematische Informationsschwerpunkte im Unterricht vom Land Tirol forciert und finanziell unterstützt werden.

**13. Bildungsgerechtigkeit – weil es Zwischenlösungen braucht.** Unser großes Ziel ist es, das Bildungssystem österreichweit so zu verbessern, dass nicht die finanziellen Mittel oder der Bildungsgrad der Eltern über die Bildungslaufbahn des Kindes entscheiden.

Auf dem Weg dorthin braucht es in einem Zwischenschritt die Förderung von kostenlosen Lernhilfsangeboten, am besten direkt an Schulen, wie es die Stadt Wien in Kooperation mit der Volkshochschule und ihrem Lernhilfsprogramm umgesetzt hat. Als weitere Maßnahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit bedarf es einer deutlichen Erhöhung der Schulkostenbeihilfe sowie einer niederschweligen Unterstützung bei Klassenfahrten.

**14. Mehr Ehre der Lehre – beste Fachkräfte für Tirol.** Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Dennoch dürfen wir uns nicht mit dem Status quo begnügen, denn die jungen Fachkräfte von morgen brauchen mehr Wertschätzung und bessere Ausbildungsbedingungen. Wir fordern Berufs- und Bildungsorientierung bereits ab der ersten Bildungsstufe. Für die Aufwertung der Lehrausbildung wollen wir 850 Euro Mindestlehrlingseinkommen, leistbare Mobilitätskosten bzw. die Übernahme der Kosten für den Erwerb eines B-Führerscheins sowie eine Förderung für die Finanzierung eines Sprachmonats im Ausland. Die Probezeit für Lehrlinge muss auf einen Monat verkürzt werden. Die Lehrabschlussprüfungen sollen in die Berufsschulen verlagert und freiwillige Zwischenprüfungen ermöglicht werden. Wir brauchen ein eigenes und unabhängiges Jugend- und Lehrlingsinspektorat sowie eine von der Wirtschaftskammer unabhängige Anlaufstelle für Lehrlinge. Auch die Lehre mit Matura muss weiter ausgebaut und gestärkt werden. Zudem fordern wir eine Lehrlingsoffensive beim Land Tirol: Hier wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und das Mindestlehrlingseinkommen einführen. Die Schaffung von 50 zusätzlichen Lehrstellen in landeseigenen und landesnahen Einrichtungen ist umsetzbar.

**15. Digitale Grundbildung.** „Digitale Grundbildung“ wird nun als Unterrichtsfach in der Mittelschule und der Unterstufe an den AHS mit einer Stunde pro Woche in den Lehrplänen verankert. Zudem soll in allen Fächern als Querschnittsmaterie digitales Wissen und Können vermittelt werden. Da Kinder bereits sehr früh mit digitalen Endgeräten und Inhalten in Berührung kommen, sollte kindgerechte digitale Grundbildung bereits in der Volksschule erfolgen.

**16. Digitalfitte Pädagog\_innen.** Um die digitale Weiterentwicklung des Schulsystems pädagogisch hochwertig zu begleiten und voranzutreiben, brauchen wir mehr Lehrer\_innen, die diese Aufgabe mit ihrer Expertise übernehmen können. Wir fordern, dass der

Gegenstand der digitalen Grundbildung zusätzlich als zentrale Querschnittsmaterie bereits von Beginn an verpflichtend in das Lehramtsstudium aufgenommen wird.

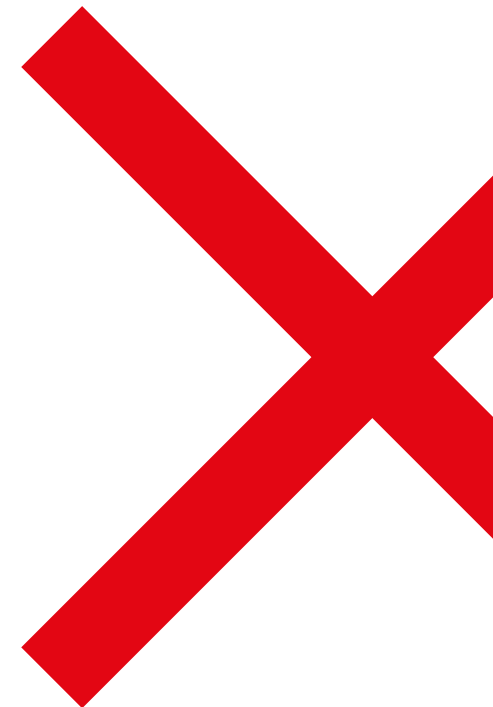
**17. Bildung – ein Leben lang.** Das Nachholen von Bildungsabschlüssen bzw. Angebote für Weiterbildungen müssen möglichst ohne Hürden allen Menschen ein Leben lang offenstehen. Die Innsbrucker Hochschulen und Universitäten haben hier über Jahre Kompetenzen aufgebaut, die durch Projektförderungen des Landes verstärkt für die Praxis nutzbar gemacht werden können. Nach wie vor befinden sich zahlreiche Lehrende in der Erwachsenenbildung, vor allem bei vielen kleinen Anbietern, in prekären Arbeitsverhältnissen. Förderungen des Landes sollen daher an arbeits- und sozialrechtliche Mindeststandards gebunden sein.

**18. Wissen vernetzen – Kooperation mit Hochschulen.** Mit der Gründung der Tiroler Hochschulkonferenz und der neuen Forschungs- und Wissenschaftsagentur wurden Impulse gesetzt, deren Nutzen sich bei guter Arbeit in Zukunft erweisen soll. In diesem Bereich wirkt das Land Tirol als Mitbetreiber von Fachhochschulen (Hauptfinanzier ist der Bund) und durch Forschungsförderungen. Wir sehen es als primäre Aufgabe, dass in den Fachhochschulen mit Landeseinfluss künftig garantiert werden kann, dass alle Bewerber\_innen aufgenommen werden, welche die Voraussetzungen dafür erfüllen. Denn auch Hochschulbildung soll allen Menschen offenstehen.





Nachhaltige Gesundheitsversorgung wohnortnah und bedarfsgerecht für die Tiroler Bevölkerung sicherstellen: Wir bekennen uns zu einem solidarischen und ganzheitlichen Gesundheitssystem, zur konsequenten Erfüllung des gesetzlichen Versorgungsauftrags der Krankenversicherungsträger und zum Recht auf freie Arztwahl. Der flächendeckende Ausbau von wohnortnahen, niederschweligen Zugängen zur kassenärztlichen Versorgung ist konsequent umzusetzen. Um die ärztliche Versorgung am Land sicherzustellen, müssen attraktivere Rahmenbedingungen und die Umsetzung von interdisziplinären Primärversorgungszentren als Erstanlaufstelle angestrebt werden. Denn Gesundheitsversorgung muss von der Prävention bis zur Nachsorge für alle Tiroler\_innen leicht zugänglich sein.



# GESUNDHEIT?

Wir gemeinschaften das.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, GIBT ES IN DER GESUNDHEITS- VERSORGUNG KEINE UNTERSCHIEDE MEHR:

**1. Landesförderung mit Schwerpunkt auf unterversorgte Regionen.** Das Land Tirol soll durch Förderungen Ärzt\_innen, medizinisch-technischen Diensten, Therapeut\_innen etc. Anreize geben, sich in Tirol für mindestens fünf Jahre niederzulassen, zum Beispiel durch das Zur-Verfügung-Stellen von Ordinationsräumlichkeiten oder einfachere Ablösen.

**2. Flächendeckende Arzneimittelversorgung.** Wir wollen, dass durch ein größeres Angebot an Filialapotheken und den Erhalt der Hausapotheken eine flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleistet ist. E-Medikation muss zukünftig forciert und ausgebaut werden.

**3. Keine Zwei-Klassen-Medizin.** Wir setzen uns für ein solidarisch finanziertes Kassen- und Gesundheitssystem ein, das allen zur Verfügung steht. In vielen Bereichen herrscht ein Mangel an Kassenärzt\_innen, zum Beispiel bei der Zahnheilkunde. Bei Fachärzt\_innen für Psychiatrie und Kinderärzt\_innen gibt es mittlerweile sogar mehr Wahlärzt\_innen als Kassenstellen! Wer es sich leisten kann, wechselt zur/m Wahl\_ärztin. Wer allerdings keine ausreichenden finanziellen Mittel hat, wartet zum Teil monatelang auf Termine. Es gilt, gezielt Fördermaßnahmen zu setzen,

um das Kassenärzt\_innenangebot abzusichern. Es braucht mehr Geld für unser Gesundheitssystem und bessere Rahmenbedingungen für Kassenärzt\_innen mit der Erhöhung der Leistungssätze. Die Qualität der Gesundheitsversorgung darf nicht von der Brieftasche abhängen. Um den Beruf der Ärzt\_innen attraktiver zu machen, braucht es familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und die Förderung von Gemeinschaftspraxen sowie die Aufteilung von Praxisstellen auf mehrere Personen.

**4. Zur/m Ärzt\_in zu gehen darf nichts kosten.** Gesundheit ist ein Menschenrecht. Daher dürfen der Zugang und die Qualität der medizinischen Versorgung und der Gesundheitsprävention nicht vom Einkommen der Versicherten abhängen, sondern müssen für alle zur Verfügung stehen. Deshalb sind Selbstbehalte für Arztbesuche und Rezeptgebühren flächendeckend abzuschaffen.

**5. Einfacher Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung.** Es wird mehr Geld für den Ausbau der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Versorgung benötigt. Wer eine psychische Erkrankung hat, muss den gleichen einfachen Zugang zu einer medizinischen Versorgung haben wie der Skifahrer mit einem gebrochenen Bein. Dafür braucht es ein ausreichendes stationäres, ambulant und kostengünstiges Angebot, sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche. Im Bereich der Kinderpsychiatrie herrscht in Tirol ein akuter Mangel – dieses Angebot auszubauen muss oberste Priorität haben, ebenso der weitere Ausbau von bereits vorhandenen, gut funktionierenden Beratungs- und psychosozialen Anlaufstellen in ganz Tirol.

**6. Ein Schwangerschaftsabbruch muss an öffentlichen Krankenhäusern möglich sein.** Seit 1975 gilt in Österreich die Fristenlösung. In den ersten drei Monaten ist der Schwangerschaftsabbruch straffrei. Neben Vorarlberg setzt Tirol als einziges Bundesland dieses Gesetz de facto nicht um. An öffentlichen Krankenhäusern werden Schwangerschaftsabbrüche immer noch nicht durchgeführt, und die Selbstbestimmung von Frauen wird eingeschränkt. Schwangerschaftsabbrüche zählen zu den häufigsten Eingriffen in der Frauenheilkunde und sind eine Aufgabe der Gesundheitspolitik. Frauen muss diese medizinische Behandlung an öffentlichen Krankenhäusern und im niedergelassenen Bereich ermöglicht werden.

**7. HPV-Impfung-Kostenübernahme bis zum vollendeten 30. Lebensjahr.** Die Impfung gegen Humane Papillomaviren steht im kostenfreien Kinderimpfprogramm ab dem vollendeten neunten Lebensjahr bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr kostenfrei zur Verfügung. Darüber hinaus müssen Erwachsene die Kosten für die Impfung privat bezahlen. Es ist bewiesen, dass eine Impfung auch zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll und wirksam ist. Deshalb fordert die SPÖ Tirol die Übernahme der Kosten durch das Land Tirol bis zum vollendeten 30. Lebensjahr, um schwerwiegenden Erkrankungen wie Gebärmutterhalskrebs vorzubeugen.

**8. Mehr Gesundheitsförderung stärkt die Gesundheitsressourcen der Menschen.** Einkommen, Bildungsgrad und Arbeitsbedingungen prägen die Gesundheit der Tiroler\_innen. Um Krankheiten primär zu vermeiden, ist es wichtig, die Gesundheitsförderung mehr in den Fokus zu stellen. Bewusstseinsbildung kann Erkrankungsrisiken reduzieren, gerade deshalb fordern wir den Ausbau von gesundheitsfördernden Maßnahmen in ganz Tirol.

**9. Ausbau und Förderung der Gendermedizin.** Auch wenn Frauen in Österreich eine statistische Lebenserwartung von 84 Jahren haben – und somit im Durchschnitt um 4,7 Jahre länger als Männer leben –, liegen sie bei den gesunden Jahren gleichauf. Die Gründe dafür sind vielfältig, mit individueller Gendermedizin könnten viele Risikofaktoren minimiert werden. Doch der geschlechterspezifische Zugang im Bereich der Prävention und Behandlung ist noch nicht in allen Arztpraxen angekommen und der Mann weiterhin meist das Maß der Dinge in der Medizin. Darum fordern wir klar den Ausbau und die Förderung der Gendermedizin und Frauengesundheit.

**10. Für eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und zugängliche Gesundheitsversorgung.** Dazu braucht es die Umsetzung von Primärversorgungszentren und die Förderung von Gruppenpraxen. Diese bringen ein vielseitiges Leistungsangebot mit patient\_innenorientierten Öffnungszeiten und eine bessere Arbeitsqualität für das Gesundheitspersonal. Die neue Primärversorgung ist der Schlüssel zu einer echten Verbesserung der Gesundheitsversorgung, weil sich damit Allgemeinmediziner\_innen gemeinsam mit weiteren Gesundheitsberufen zu Teams zusammenschließen können, nach dem Motto: Alles unter einem Dach! Dadurch reicht das Angebot von Gesundheitsvorsorge und Behandlung

über Rehabilitation bis zur Pflege. Primärversorgung bringt Vorteile für Patient\_innen und Ärzt\_innen und entlastet die Spitäler.

**11. Selbstbestimmung bis zum Lebensende.** Die Hospiz- und Palliativbetreuung muss im ganzen Land kontinuierlich ausgebaut werden, besonders im Bereich des stationären Hospizes. Das Recht auf Selbstbestimmung und die Wahrung der Menschenwürde bis zum Lebensende müssen ganz klar im Fokus stehen. Weiters fordert die SPÖ in Tirol die Unterstützung der mobilen und stationären Pflege- und Betreuungsorganisationen zum Thema Palliativversorgung.

**12. Strukturplan Gesundheit konsequent umsetzen.** Mit dem Regionalen Strukturplan Gesundheit hat sich das Land Tirol zum Ziel gesetzt, eine möglichst qualitätsvolle, gleichmäßige und erreichbare, aber auch gesamtwirtschaftlich effiziente, medizinisch adäquate und vor allem patient\_innenorientierte Versorgung zu gewährleisten. Diesen Strukturplan gilt es in Tirol weiter konsequent umzusetzen, zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Tirol.

**13. Heimanwaltschaft und Tiroler Patient\_innenvertretung stärken.** Um die beste Qualität in den Heimen für die zu Pflegenden und die Pflegekräfte zu gewährleisten, fordert die SPÖ Tirol mehr Personal und mehr Budget für die Tiroler Heimanwaltschaft – für eine starke Vertretung von Heimbewohner\_innen, deren Angehörigen und Pflegekräften. Sowie die Stärkung und der Ausbau der Tiroler Patient\_innenvertretung zur Einhaltung der Patient\_innencharta und Wahrung der Patient\_innenrechte.

**14. Honorare gerecht verteilen.** Die SPÖ Tirol forciert eine Evaluierung des Krankenanstaltengesetzes in Bezug auf die gerechte Verteilung von Privathonoraren.

# PFLEGE?

Wir gemeinschaften das.

Pflege ist eine solidarische Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Öffentlich finanzierte und organisierte Unterstützung garantiert, dass Pflege nicht Privatsache bleibt. Ziel der SPÖ in Tirol ist die Sicherstellung eines gerechten, solidarischen, professionellen und gemeinnützigen Systems der Pflege für alle Menschen in Tirol und ein verfassungsrechtlicher Anspruch auf professionelle Pflege. Trotz der Erfahrungen aus der Coronapandemie ist in den letzten Jahren nichts passiert.



## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, FREUEN SICH ALLE ÄLTEREN AUF ÄLTERWERDEN:

**1. Ausbildung.** Der Pflegeberuf ist ein wertvoller und schöner Beruf, doch es braucht ähnlich wie bei der Polizeiausbildung ein Ausbildungsgehalt, um Menschen aus anderen Berufsfeldern die Möglichkeit zu eröffnen, über den zweiten Bildungsweg in den Pflegeberuf einzusteigen. Alle Praktika müssen zudem bezahlt werden und der Ausbildungscharakter im Mittelpunkt stehen. Bereits bestehende Förderungen im Ausbildungsbereich müssen dahingehend weiterentwickelt werden. Die Pflegelehre lehnen wir in jeder Form ab, wir wollen Jugendliche nicht überfordern und fordern stattdessen den tirolweiten Ausbau von Pflegeausbildungen an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

**2. Gleiches Geld für gleiche Arbeit.** Ob der Arbeitgeber das Land Tirol, die Gemeinde oder ein privater oder konfessioneller Träger von Pflegeeinrichtungen ist, macht für das Gehalt der Pfleger\_innen einen großen Unterschied, denn die Entlohnung bzw. Wochenarbeitszeit ist je nach Arbeitgeber verschieden. Die SPÖ Tirol fordert den Anspruch auf gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit!

**3. Personal. Tirol benötigt in den nächsten zehn Jahren 7.000 weitere Pflegekräfte.** Um für die Tiroler\_innen die beste Versorgung gewährleisten zu können, müssen wir jetzt handeln. Es braucht im Tagesdienst sowie im Nachtdienst mehr Personal! Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche sowie der Zugang zur Schwerarbeitspension sind drei zentrale Forderungen der SPÖ in Tirol, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten.

**4. Erleichterungen im Beruf und bessere Arbeitsbedingungen.** Es braucht bessere Arbeitsbedingungen und mehr Zeit für die pflegerischen Tätigkeiten, um das Pflegepersonal nachhaltig zu entlasten. Zusätzliche administrative Mitarbeiter\_innen, regelmäßige Supervision für das Pflegepersonal, vorbeugende Gesundheitsförderung, die Bereitstellung von Arbeits- und Hilfsmitteln zur Beseitigung von physischen Belastungen sowie eine Anlaufstelle bei psychisch belastenden Situationen sind wichtige Punkte, um den Pflegeberuf zu erleichtern.

**5. Dokumentation und Digitalisierung.** Die Umsetzung einer landesweiten Pflege-ELGA mit moderner und vernetzter Technologie unter Wahrung des Datenschutzes gewährleistet eine lebenslange Betreuung aller Menschen, die in Tirol leben. Zudem fordert die SPÖ in Tirol eine adäquate Ausstattung im Bereich der Digitalisierung, um den Verwaltungsaufwand des Pflegepersonals so gering wie möglich zu halten.

**6. Entlastung für pflegende Angehörige.** Immer mehr Menschen möchten in den eigenen vier Wänden in Würde altern. Diesen Wunsch ermöglichen meist pflegende Angehörige. 80 Prozent der hilfsbedürftigen Personen werden zuhause gepflegt. Dazu braucht es aber vor allem eine geregelte Entlastung. Für pflegende Angehörige soll es die Möglichkeit geben, wöchentlich einen halben Tag freigestellt und entlastet zu werden sowie für einen kleinen Kostenbeitrag zwei Wochen pro Jahr eine Auszeit zu nehmen. In dieser Zeit wird kostenlos eine Ersatzpflegekraft bereitgestellt. Zudem fordert die SPÖ in Tirol kostenfreie flächendeckende Aus- und Weiterbildungsangebote für pflegende Angehörige. Kurzzeitpflege muss leistbar und flächendeckend in Tirol ausgebaut werden.

**7. Ausbau der mobilen Pflege.** Zur Unterstützung der pflegenden Angehörigen benötigt es die qualitativ hochwertige Arbeit der mobilen Pflege. Der flächendeckende Ausbau der stationären und mobilen Dienste sowie die Tagesbetreuungs- und die Nacht- und Wochenendpflegeangebote müssen sichergestellt werden.

**8. Aufbau eines tirolweiten Betreuungspools.** Wir werden immer älter: Bis 2040 wird in Tirol die Anzahl an Menschen über 80 um 110 Prozent steigen. Einen großen Teil der wertvollen und würdevollen Pflege leisten im Privatbereich die pflegenden Angehörigen und die 24-Stunden-Betreuer\_innen. Mit dem Aufbau einer tirolweiten Personalreserve können standortübergreifende Krankenstands- und Urlaubsvertretungen abgefangen werden. Die Anstellung des Pflegepersonals soll über das Land Tirol erfolgen.

**9. Präventive Hausbesuche und Informationsgespräche für Senior\_innen ab 75 Jahren.** Um die Selbstständigkeit von Senior\_innen so lange wie möglich gewährleisten zu können, braucht es eine frühzeitige und qualitativ hochwertige Beratung bezüglich der Wohnsituation und Betreuung. Im Zuge der Gesundenuntersuchung könnte beispielsweise bereits darauf hingewiesen werden.

**10. Besserer Überblick.** Die SPÖ in Tirol fordert einen Pflegeratgeber: Ein umfassendes Nachschlagewerk über die Hilfs- und Beratungsangebote des Landes Tirol bietet den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen eine niederschwellige Hilfe, um sich in dieser Ausnahmesituation zurechtzufinden. Den Pflegeratgeber Tirol soll es einerseits als digitales Nachschlagewerk und andererseits in Form einer Broschüre geben. Außerdem soll er auch in einer „Leichter Lesen“-Fassung und in den gängigsten Fremdsprachen erscheinen. Zudem fordert die SPÖ in Tirol die Einrichtung einer Beratungsstelle für Interessierte, die eine Pflegeausbildung machen wollen. Dort sollte auch Beratung zu den Nostrifizierungsverfahren (Anerkennung von ausländischen Ausbildungen im Pflegebereich) stattfinden. Das Pflegetelefon muss mehr beworben werden, um pflegende Angehörige zu unterstützen.

**11. Case- und Care-Management.** Die SPÖ in Tirol fordert den weiteren Ausbau von Case- und Care-Management im Bereich Pflege und Betreuung für eine bessere Koordination und Vernetzung der professionellen Pflegeanbieter\_innen sowie für eine Beratung

aus einer Hand für Betroffene und pflegende Angehörige. Das Case- und Care-Management soll auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. Menschen mit Behinderung ausgebaut werden. Vom Land soll es weiterhin das Angebot geben, Case-Management zu erlernen, um es dann in den verschiedenen Einrichtungen anwenden zu können.

**12. Rekrutierung ehemaliger Pflegemitarbeiter\_innen.** Viele gut ausgebildete Mitarbeiter\_innen im Pflegebereich haben dieser Branche den Rücken gekehrt und sich beruflich neu orientiert. Wir wollen sie mittels besserer Rahmenbedingungen und einer Rückholprämie wieder für diesen schönen und sinnstiftenden Beruf begeistern.

**13. Ausbau Schwerpunktpflege.** Die Versorgung von pflegebedürftigen Personen, die eine aufwändige Fachpflege und medizinische Betreuung dauerhaft benötigen, muss sichergestellt und in ganz Tirol ausgebaut werden. Pflege betrifft aber nicht nur ältere Menschen: Auch Junge können pflegebedürftig werden, und für diese Personen braucht es ein spezielles Angebot – vor allem dann, wenn eine Pflege von zuhause nicht mehr möglich ist.





**GEMEINSAM**

**NACH**

**VORNE**

**BLICKEN.**

# INKLUSION?

Wir gemeinschaften das.



Inklusion ist keine „Kann“-Bestimmung, sondern ein Muss für ein modernes Tirol für alle. Es ist unsere Aufgabe, Hürden für Menschen, die behindert werden, gemeinsam zu überwinden.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, BAUEN WIR ALLE BARRIEREN AB:

**1. Barrierefreiheit im ÖPNV ist ein Muss.** Bahnhöfe, Haltestellen und alle Fahrzeuge müssen entsprechend gestaltet werden.

**2. UN-Behindertenrechtskonvention.** Der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss zügig und vollständig realisiert werden. Das Land Tirol sollte daher einen „Landes-etappenplan“ sowie einen verbindlichen Zeitplan zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erarbeiten.

**3. Ausgleichstaxe im Landesbudget auf null setzen.** Das Land Tirol und die landeseigenen Unternehmungen müssen mit Vorbildwirkung endlich selbst der Behinderteneinstellungspflicht nachkommen.

**4. Barrierefreie Bahnhöfe in ganz Tirol.** Das Land Tirol muss alle Maßnahmen setzen, damit der von den ÖBB festgelegte Etappenplan zur Umsetzung eines gänzlich barrierefreien Personenverkehrs ermöglicht wird.

**5. Barrierefreiheit in unseren Gemeinden.** Die finanziellen Mittel für Maßnahmen zur Barrierefreiheit in den Gemeinden müssen aufgestockt werden, sodass 25 Prozent der anfallenden Kosten – unabhängig von der Finanzkraft der Gemeinden – das Land Tirol übernimmt.

**6. Verschlechterungen zurücknehmen.** Besonders für Menschen mit Behinderung wurde in der

Vergangenheit der Anspruch auf Mindestsicherung zum Negativen verändert, was im Begutachtungsverfahren durch den ÖGB Tirol bereits kritisiert wurde. Der Landesgesetzgeber muss sicherstellen, dass die Verschlechterungen wieder rückgängig gemacht werden.

**7. Schaffung eines zentralen Pools von Dolmetscher\_innen für Gebärdensprache.**

**8. Barrierefreies Bauen muss** weiterhin der Grundsatz im öffentlich geförderten Wohnbau sein, um einen Ausgleich zum nicht barrierefreien Altbau zu schaffen.



# UMWELT UND TIERSCHUTZ?

Wir gemeinschaften das.

Die SPÖ Tirol steht für einen sozialen und ökologischen Systemwechsel in allen Bereichen des Lebens.

Ohne entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise ist die Zukunft kommender Generationen auf unserem Planeten ungewiss. Bereits jetzt zerstört der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen, durch Unwetter, Hochwasser, Dürre etc. Notwendig ist ein grundlegendes Umdenken zum Schutz unseres Klimas, unserer Natur und unserer Umwelt. Wir müssen den Umbau zu einer weitgehend CO<sub>2</sub>-freien, energie- und ressourcensparenden Lebensweise schaffen. Der Kurswechsel in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen. Und wir haben dafür die Konzepte.



## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, KÖNNEN WIR DAS UMSETZEN:

### Novellierung des Tiroler Naturschutzgesetzes

- 1. Anpassung an die Gegenwart.** Für einen zukunftsorientierten und nachhaltigen Umgang mit der Tiroler Natur muss das Gesetz an die neuen Gegebenheiten und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.
- 2. Klare Schutzdefinitionen.** Es braucht eine klare Definierung von Schutzgebietskategorien für Naturschutzgebiete und eine genaue Definition des öffentlichen Interesses im TNSchG.
- 3. Energiegewinnung berücksichtigen.** Mehr Klarheit bei der Flächennutzung für erneuerbare Energien, um die Dauer der Verfahren zu verkürzen und effizienter zu machen.
- 4. Veraltete Verordnungen aktualisieren.** Die Schutzgebietsverordnungen sind seit Jahren nicht mehr aktualisiert worden. Hier besteht die Notwendigkeit, die Verordnungen auf ihre Aktualität zu prüfen und gegebenenfalls nachzubessern – damit das Mit- und Nebeneinander von Naturschutz, Tourismus und Landwirtschaft funktioniert.
- 5. Artenvielfalt erhalten.**
- 6. Mehr Ressourcen für den Naturschutz.** Wenn wir in Tirol die bereits bestehenden Schutzgebiete erhalten und schützen wollen, muss das Land mehr personelle wie finanzielle Ressourcen bereitstellen. Wir wollen die Abteilung Naturschutz stärken – für den Erhalt unserer Heimat und unserer Natur.



## Wiederherstellung des Tiroler Naturschutzfonds

**7. Geldflüsse aufzeigen.** 2016 wurde der Tiroler Naturschutzfonds aufgelöst und in das Landesbudget integriert. Damit kann nicht hundertprozentig nachvollzogen werden, wie viel Geld in den Tiroler Naturschutz fließt.

**8. Finanzierung absichern.** Statt den Naturschutz einzuschränken, müssen die Gelder langfristig gesichert und die Finanzierungsinstrumente breiter verankert werden. Deshalb fordert die SPÖ Tirol die Wiedereinführung des Tiroler Naturschutzfonds, um die Kofinanzierung wichtiger Natur-, Umweltbildungs- und Artenschutzprojekte zu sichern.

## Naturkatastrophenfonds

**9. Niemanden im Stich lassen.** Alle von Umweltkatastrophen betroffenen Menschen müssen bei existenzbedrohenden und elementaren Schäden umfassend und effektiv finanziell unterstützt werden.

## Gemeinden als Pioniere des Wandels

**10. Think global, act local.** Insbesondere die Gemeinden gehören in Tirol zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Die Kommunen brauchen genügend Geld, um ihre Infrastrukturen zu sanieren und ökologisch umzugestalten.

**11. Gemeinwohlorientierte Wiederbelebung und klimagerechte Ertüchtigung von älteren Wohnsiedlungen.**

## Förderung von Dachbegrünungen

**12. Vielnutzen forcieren.** Die vielen Vorteile von Dachbegrünungen: Sie speichern Regenwasser, reduzieren den CO<sub>2</sub>-Anteil in der Luft, haben eine isolierende Wirkung und entlasten bei Starkregen die Kanalisation. Die grünen Oasen auf den Hausdächern werden zwar mehrheitlich befürwortet, jedoch gewinnt die Umsetzung nur langsam an Fahrt.

**13. Öffentliches Eigentum als Vorreiter.** Wir wollen attraktive Fördermodelle für die Tiroler\_innen erarbeiten und Dachbegrünungen auf Gebäuden, die sich im öffentlichen Eigentum befinden, forcieren.

## Verpflichtende Erstellung von Hitzeschutzplänen

**14. Klare Handlungsanweisungen.** Die Auswirkungen von Temperaturerhöhung und insbesondere von Hitzewellen beeinflussen direkt unsere Gesundheit. Eine kurzfristig wirksame Maßnahme ist die Herausgabe von Hitzewarnungen, verbunden mit klaren und praktikablen Handlungsanweisungen für die Bevölkerung. Darüber hinaus muss das Land Tirol gemeinsam mit Expert\_innen Hitzeschutzpläne für die Gemeinden erstellen, um die Bevölkerung bestmöglich auf Hitzewellen vorzubereiten.

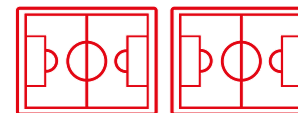
## Bodenversiegelung

**15. Vor- und umsichtige Grundstücksauswahl.** Pro Tag werden in Tirol 1,4 Hektar Boden versiegelt. Das entspricht einer Fläche von zwei Fußballfeldern! Der Boden ist die Basis der Landwirtschaft – 95 Prozent unserer Lebensmittel kommen letztlich aus dem Boden. Die SPÖ Tirol fordert daher einen überlegten und weitsichtigen Umgang mit der Bodenversiegelung. Um die Nachfrage nach Wohnraum für die Menschen in der Gemeinde decken zu können, müssen immer neue Flächen angerissen werden – und das, obwohl andere Grundstücke vielleicht seit langer Zeit freistehen. Deshalb soll Bauland, das innerhalb von zehn Jahren nicht bebaut wird, zurück an die Gemeinde gehen oder zwangsversteigert werden.



### SCHON GEWUSST?

**Pro Tag werden in Tirol 1,4 Hektar Boden versiegelt. Das entspricht einer Fläche von zwei Fußballfeldern! Der Boden ist die Basis der Landwirtschaft – 95 Prozent unserer Lebensmittel kommen letztlich aus dem Boden.**



**16. Nachverdichtung.** Projekte, die eine Nachverdichtung vorsehen, gehören vorangetrieben. So kann beispielsweise über Supermärkten, deren Widmung eine höhere Bebauung erlaubt, Wohnbau entstehen.

**17. Erhalt der freien Seezugänge gesetzlich verankern.** Gerade in Zeiten der immer weiter steigenden Temperaturen darf es nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht werden, ob und wo Menschen Abkühlung genießen können. Wir sind in Tirol in der glücklichen Situation, dass viele Seen noch unverbaut und frei zugänglich sind. Damit das auch so bleibt, fordern wir die Verankerung der Kategorie „freier Seezugang“ im Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) mit entsprechendem Verbaubotsverbot – für den Erhalt der Umwelt und gegen die Privatisierung öffentlicher Ressourcen.

**18. Schutz unseres heimischen Wassers.** Unser Wasser ist Lebensgrundlage, bietet Erholungsraum, sichert Energie und schafft Arbeitsplätze. Wir müssen jetzt handeln, damit die Privatisierung des Wassers auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten, auf die wir zweifelsfrei zusteuern, nie Thema sein wird. Denn eines ist klar: Das Tiroler Wasser gehört zu unserem Lebens- und Wirtschaftsraum dazu – das Tiroler Wasser gehört uns. Wir fordern ein umfassendes Konzept für eine Tiroler Wassercharta und den Schutz unseres Wassers in der Verfassung.

**19. Konsequenter Schutz der „Seele der Alpen“.** Schweißtreibende Hitze im Tal, Plusgrade auf 3.250 Metern Höhe. Wer auf dem Hintertuxer Gletscher Ski fährt, bewegt sich auf fließendem Eis. Die Klimakrise ist schon längst kein abstraktes Szenario mehr. Dafür müssen wir den Blick nur auf unsere Berge richten. Unerschlossene Gletscher, ihre Einzugsgebiete und ihre im Nahbereich gelegenen Moränen sind vor Großprojekten und Aufschüttungen zu schützen. Das betrifft vor allem den Ausbau skitechnischer Infrastruktur in noch unberührte Gletscher- und Hochgebirgsregionen.

**20. Baumschutzgesetz.** Ein Baumschutzgesetz schützt alle Bäume in Tirol, auch private. Wir müssen die Folgen des Klimawandels abfedern, die insbesondere auf unsere Städte zukommen. Die immer weiter steigenden Temperaturen belasten vor allem die Menschen im urbanen Raum. Das beste Mittel für ein angenehmes Stadtklima sind Grünanlagen und Baumbepflanzungen, aus diesem Grund gehören sie geschützt und gepflegt, um das Grün zu bewahren.

## Tierschutz

**21. Tiertransporte verhindern.** Jährlich werden über 1,5 Milliarden Geflügel und über 49 Millionen lebende Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde grenzüberschreitend innerhalb der EU sowie in und aus Drittstaaten transportiert. Das Leid der Tiere ist dabei enorm. Deshalb brauchen wir hier einen Systemwechsel. Tiertransporte generell zu verhindern, ist ökologisch, ethisch und tierschutzrechtlich die beste Lösung.

**22. Gatterjagd verbieten.** Die tierquälerische Gatterjagd, also die Jagd auf in Gefangenschaft gehaltene Tiere, muss endlich verboten werden.



# SPORT UND KULTUR?

Wir gemeinschaften das.

Kunst und Kultur setzen sich mit der Gesellschaft auseinander, hinterfragen kritisch, schaffen Schönes und Neues, bringen die Menschen zum Denken und Staunen und irritieren gewohnte Blicke und falsche Konventionen. Unsere Kultureinrichtungen genießen einen hervorragenden Ruf – weit über die Landesgrenzen hinaus.

Ihren hohen Standard gilt es zu sichern und auszubauen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für die Protagonist\_innen, die Kunst- und Kulturschaffenden, verbessert werden – auch hinsichtlich ihrer sozialen Stellung in unserer Gesellschaft.

---

**Wer Freiräume für die Kreativität der Menschen schafft, fördert die Entwicklung und den Erhalt der freien und offenen Gesellschaft. Und eines ist mit uns nicht verhandelbar: Sport, Kunst und Kultur müssen allen Menschen, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung, zugänglich sein.**

## IN DIESEN ETAPPEN ERREICHEN WIR UNSER ZIEL:

**1. Künstler\_innen direkt fördern.** Im Kulturbudget brauchen wir eine weitere Säule, damit die Förderung direkt in die künstlerische Arbeit investiert wird. Kurzum: eine systematische Stipendienvergabe, wo das Geld zu 100 Prozent in die künstlerische Arbeit fließt.

**2. Unserer Kunstszene eine richtige Chance geben.** Kunst erfasst viele verschiedene Facetten und Genres. Die Rapband im Oberland hat dabei ebenso Anerkennung verdient wie die Blasmusikkapelle im Unterinntal oder die Malerin in Innsbruck. Tirol ist vielfältig in seiner Kunst, und diese Vielfalt gehört entsprechend wertgeschätzt und unterstützt. Die SPÖ Tirol setzt sich daher für eine Valorisierung der Förderungen in allen Kunstbereichen und für eine Aufstockung des Kulturbudgets ein, um den vielen Tiroler Kultureinrichtungen und -initiativen eine bessere Zukunftsplanung zu ermöglichen und der schleichenden Prekarisierung in diesem Bereich entgegenzuwirken.

**3. Kleine Kulturinitiativen und Sozialvereine besser unterstützen.** Viele Vereine und Kulturinitiativen leisten einen immens wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie gehören durch ein Maßnahmenbündel finanziell ordentlich unterstützt und für die Zukunft abgesichert.

**4. Mehr Sport-Schwerpunktschulen in Tirol.** Ein flächendeckendes Angebot von Neuen Mittelschulen mit einem Sport-Schwerpunkt sollte in allen neun Bezirken verankert werden.

**5. Wenn die Großen auf die Kleinen schauen – weil unsere Kinder am „Hausberg“ das Skifahren lernen.** Zahlreiche Kleinstskigebiete stecken in finanziellen Nöten. Meist müssen die Gemeinde und das Land die Aufrechterhaltung durch außerordentliche Subventionen ermöglichen. Die SPÖ Tirol ist davon überzeugt, dass gerade in diesen Skigebieten unsere Kinder das Skifahren erlernen und damit auch im Erwachsenenalter ein Verständnis für unseren Tourismus als tragende Säule unserer Wirtschaft erhalten. Die erfolgreichen und finanzstarken Skigebiete in unseren Hotspots sollten daher diese Kleinstskigebiete in zahlreichen Gemeinden durch eine geringe, aber verpflichtende Abgabe unterstützen und somit am Leben erhalten.

**6. Mehr öffentlich zugängliche Sport- und Spielplätze schaffen.** Gerade in Innsbruck entlang des Inns gibt es zahlreiche Sportanlagen und Plätze, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Ein ähnlich attraktives Angebot sollte in allen neun Bezirken Schritt für Schritt umgesetzt werden.

**7. Gezielte Landesförderung für Multifunktionshallen.** Gerade in den ländlichen Regionen wäre die gemeinsame Errichtung von Multifunktionshallen ein sinnvoller und ressourcensparender Weg, um eine ganzjährige sportliche Betätigung für alle zu ermöglichen und Kindern und Jugendlichen ein breiteres sportliches Angebot bieten zu können.





# ENERGIE?

Wir gemeinschaften das.

Wir verbrauchen unnötig Energie. Nicht nur in der Politik, sondern auch in den eigenen vier Wänden. Wir haben noch rund 20 Jahre, in denen wir aus den fossilen Brennstoffen aussteigen müssen und aussteigen werden – bis 2040 muss Tirol klimaneutral sein. Die SPÖ Tirol setzt alles daran, damit wir unseren Kindern und Kindeskindern ein sauberes und nachhaltiges Tirol übergeben. Daher gibt es von uns auch ein klares Bekenntnis zum umweltverträglichen Ausbau der Wasserkraft in Tirol.

## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, PRODUZIEREN WIR UNSEREN EIGENEN STROM UND BRAUCHEN KEIN RUSSISCHES GAS MEHR:

### Photovoltaikoffensive

- 1. Unabhängigkeit von fossilen Energiequellen.** Tirol hat zum Ziel, bis 2050 unabhängig von fossilen Energieträgern zu sein. Damit dieses Ziel tatsächlich erreichbar ist, müssen wir konsequent, mutig und schnell die notwendigen Maßnahmen anpacken.
- 2. Solarenergie mehr berücksichtigen.** Laut dem Dachverband Photovoltaik-Austria hat Tirol österreichweit den längsten Weg vor sich, um die Zielvorgaben zu erreichen. Erst zwölf Prozent der vorgegebenen Anlagen wurden in Tirol errichtet.
- 3. Installation fördern.** Um die Solarenergie anzutreiben und endlich mehr Photovoltaik auf die Dächer unserer Gemeinden zu bringen, muss im Neubau wie im Bestand die Installation von PV-Anlagen wirksam gefördert und rechtlich erleichtert werden.
- 4. Klimaschutz-Vorbildwirkung.** Wir sind der Meinung, dass die öffentliche Hand beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen muss. Darum wollen wir auf den Dächern aller geeigneten Gebäude, die sich im öffentlichen Eigentum befinden, Photovoltaikanlagen installieren.



## Rekommunalisierung der Energieerzeugung

**5. Energiegemeinschaften forcieren.** In Zeiten von knappen Energiressourcen gilt es, gemeinsam solidarische Konzepte der Energiegewinnung zu forcieren. Energiegemeinschaften stellen einen neuen Meilenstein für die Tiroler Energiewirtschaft dar. Die Bürger\_innen können dabei selbst die Energiewende antreiben und zu Schaltstellen in einem hauptsächlich dezentralen Energiesystem werden. Wie? Unterschiedliche Haushalte schließen sich zusammen, um die von ihnen erzeugte Energie gemeinsam zu nutzen oder zu speichern bzw. zu verkaufen. Hierbei sind alle rechtlichen Hürden zu beseitigen, die die Rekommunalisierung von Energienetzen erschweren.

## Ausbau und Investitionen in umweltverträgliche Wasserkraft

**6. Förderung von Kleinkraftwerken.** Wir haben beste Voraussetzungen für eine mutige und innovative Energiepolitik. Mit der Wasserkraft verfügen wir heute schon über eine saubere und zukunftsfähige Energiequelle. Diese Ausgangslage müssen wir nutzen. Durch die intelligente Integration von alternativen Kraft- und Brennstoffen wie Wasserstoff in unseren Energiemix kann Tirol zu einem europäischen Vorreiter werden.

**7. Effizienzoffensive.** Wir fordern, mittels einer Effizienzoffensive alle alternativen Formen der Energiegewinnung, wie etwa die Geothermie und die Solarenergie, zu fördern. Bis 2030 könnten wir so ein Viertel unseres Energieverbrauchs einsparen. Den Rest wollen wir über erneuerbare Energieträger gewinnen.

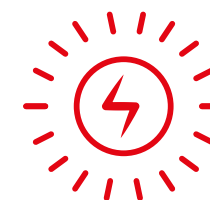
**8. Vorsorgeprinzip.** Wir werden für den Erhalt der Umwelt und gegen die Privatisierung öffentlicher Ressourcen kämpfen. Wir bekennen uns zum Vorsorgeprinzip, wonach neue Technologien erst dann zur Anwendung kommen dürfen, wenn ihre grundsätzliche Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit nachgewiesen ist. In der öffentlichen Beschaffung ist bei Ausschreibungen auf ökologische und soziale Standards zwingend zu achten.

## Mehr Geld für Wissenschaft und Forschung

**9. Windenergiekonzept erstellen.** Die Windenergie ist eine der saubersten und umweltfreundlichsten Stromerzeugungstechnologien und stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Klima- und Energiekrise dar. Expert\_innen bestätigen: Auch im alpinen Tirol kann man einen nennenswerten Beitrag zur Windstromaufbringung und damit zur Energieautonomie beitragen. Wir fordern daher die Erarbeitung eines Windenergiekonzeptes mit Vorrangs- und Eignungszonen sowie Ausschlusszonen für Windenergieanlagen. Für den sozial-ökologischen Umbau reicht es nicht, an einigen wenigen Stellschrauben zu drehen. Wir müssen uns in Zukunft mit verschiedenen erneuerbaren Energieträgern breiter aufstellen.

**10. E-Mobilität ist nicht der letzte Schluss.** Es geht um die Ökobilanz der Fahrzeuge. Es muss etwa zwischen einem Wasserstoff- Brennstoffzellenantrieb oder dem Batteriebetrieb genau abgewogen werden. Welche Antriebsart auch immer den besten Beitrag zu Klima und Umwelt leistet, muss intensiv gefördert werden – damit sie sich am Markt behaupten kann und für alle leistbar wird.

**11. Klimaneutrale Mobilität als Grundrecht.** Innerhalb von 15 Gehminuten sollen öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen – 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. So schaffen wir die Verkehrswende.



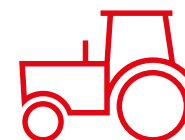


**GEMEINSAM ESSEN  
WIR REGIONALER.**

# LANDWIRTSCHAFT?

Wir gemeinschaften das.

Für eine nachhaltige Agrarwirtschaft und gesunde Nahrungsmittel für alle: Wir wollen eine ökologisch verträgliche Lebensweise für alle Menschen ermöglichen und bezahlbar machen – beginnend bei der Wertschätzung und Unterstützung unserer heimischen Bauern.



## WENN WIR UNS ZUSAMMENTUN, ESSEN WIR MEHR LEBENSMITTEL AUS TIROL:

- 1. Re-Regionalisierung.** Gerade bei der Erzeugung, der Verteilung und dem Handel von Lebensmitteln müssen wir radikal umdenken und alles daransetzen, die Rohstoff- und Wirtschaftskreisläufe zu re-regionalisieren.
- 2. Transportwege verkürzen.** Durch eine Regionalisierung von Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und Konsum können ländliche Wirtschaftsstrukturen gestärkt und Transportwege verkürzt werden.
- 3. Faire Kosten- und Gewinnverteilung.** Um den Preisdruck auf die heimischen Lebensmittel langfristig in den Griff zu bekommen, spricht sich die SPÖ Tirol für eine generelle Aufwertung regionaler Erzeugnisse und faire Kosten- und Gewinnverteilung aus.



**4. Klimasteuer.** Wir müssen sicherstellen, dass unsere heimischen Erzeuger\_innen durch den internationalen Markt nicht schlechtergestellt werden, und sie vor dem unbegrenzten Preisdruck schützen. Dafür müssen die externen Kosten für den Transport und die Lagerung endlich in die Preise miteinbezogen werden. Eine Möglichkeit dafür ist eine Klimasteuer.

**5. Labels und Zertifikate.** Bei den meisten Produkten haben Konsument\_innen gar nicht die Möglichkeit, zu erfahren, woher sie kommen und wie sie produziert wurden. Außerdem inszenieren sich Konzerne gerne über eigene Labels und Zertifikate als umweltfreundlich, ohne tatsächlich wirkliche Verbesserungen umzusetzen. Wir fordern mehr Transparenz und Kontrolle bei der Kennzeichnung mit Gütesiegeln.

**6. Pestizide vermeiden.** Der Einsatz von Pestiziden muss so gering wie möglich gehalten werden. Gentechnisch manipulierte Organismen haben in unserer Landwirtschaft nichts verloren.

**7. Verbot der Lebensmittelverschwendung.** Dazu bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit der Frage des Wettbewerbs- und Kostendrucks bei der Erzeugung von Lebensmitteln.

**8. Landwirtschaftlicher Boden für diejenigen, die ihn bewirtschaften.** Wir fordern die Stärkung und Förderung eines günstigen Zugangs zu Gemeinschaftsgärten.

**9. Entnahme großer Beutegreifer.** Der Erhalt der kleinstrukturierten Landwirtschaft ist für eine Neuordnung des Tiroler Wirtschaftssystems und des Konsumverhaltens im Land von elementarer Bedeutung. Daher fordern wir zum Schutz unserer Almen die konsequente Entnahme großer Beutegreifer in dafür ausgewiesenen Zonen. Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahr 1992 hat Erfolg gebracht: Der Wolf ist heute wieder vermehrt in Europa ansässig. Das soll er auch bleiben, in Zonen, in denen ein Nebeneinander mit Menschen und Umfeld problemlos möglich ist.



Impressum: Medieninhaber

Landesorganisation  
der Sozialdemokratischen Partei Tirol  
A 6020 Innsbruck  
Salurner Straße 2

Telefon: +43 (512) 5366  
e-Mail: [office@spoe-tirol.at](mailto:office@spoe-tirol.at)

Bildnachweise: David Sailer / saltz konzeption / Alamy: Uwe Umstätter / AdobeStock: Monkey Business, BalanceFormCreative, Irina Schmidt, stokkete, Anna Jurkowska, Seventyfour, Maria Sbytova, Morgan, Mladen, Halfpoint, DisobeyArt, Netzer Johannes, kuarmungadd, 9nong, Robert Kneschke, Sergey Kohl, Anton Ivanov Photo, Kzenon, Photocreo Bednarek, mojolo, pikselstock, anatoliy\_gleb, Rawpixel.com, Drazen, robert6666, anatolir, Puckung, yoojin, nisaal, nsit0108, AAVAA, Инна Харламова, Digital Bazaar / iStock: Portra, blindspot, Tomml / Unsplash: ben-wicks, lindsey-lamont, priscilla-du-preez



**GEMEINSAM  
SCHAFFEN WIR  
VERÄNDERUNG.**



**SPÖ**  
*Wir gemeinschaften das.*